



---

---

## **Ausschuss für Generationen, Familie und Integration**

### **37. Sitzung (öffentlich)**

11. Oktober 2007

Düsseldorf – Haus des Landtags

12:30 Uhr bis 15:00 Uhr

Vorsitz: Andrea Milz (CDU)

Protokoll: Gertrud Schröder-Djug, Günter Labes, Michael Roeßgen

### **Verhandlungspunkte und Ergebnisse:**

#### **1 Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) - Viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - SGB VIII -**

**6**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4410

Ausschussprotokolle 14/470 und 14/471  
Stellungnahmen siehe APr 14/470 und APr 14/471

Zuschriften 14/628, 14/636 - 14/724 - 14/797 (Briefaktion), 14/658,  
14/667, 14/725 (Briefaktion), 14/729, 14/738, 14/739, 14/756,  
14/758, 14/860, 14/868, 14/869 (Unterschriftenaktion),  
14/870, 14/873, 14/893, 14/918 - 14/935 (Briefaktion),  
14/920, 14/926, 14/942, 14/953, 14/959, 14/966, 14/973,  
14/974, 14/975, 14/1011, 14/1012, 14/1013, 14/1014,  
14/1015, 14/1016, 14/1017 (Briefaktion), 14/1018  
(Unterschriftenaktion), 14/1019 (Unterschriftenaktion),  
14/1020, 14/1021, 14/1030, 14/1046, 14/1048, 14/1052,  
14/1054, 14/1055, 14/1057, 14/1058, 14/1061, 14/1070,  
14/1071 (Postkartenaktion), 14/1072, 14/1073, 14/1074,  
14/1075, 14/1076, 14/1080, 14/1083, 14/1088  
(Unterschriftensammlung), 14/1089, 14/1090, 14/1091,  
14/1092, 14/1097, 14/1098, 14/1099, 14/1103, 14/1104

- 2 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2008 (Haushaltsgesetz 2008) 37**
- Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4600
- Vorlage 14/1251 (Erläuterungsband)
- Einzelplan 15: Ministerium für Generationen, Familie, Frauen und Integration  
(Zuständigkeitsbereich des Ausschusses für Generationen, Familie und Integration) 37
- Personal 37
  - Kapitel 15 040 38
  - Kapitel 15 045 39
  - Kapitel 15 060 40
  - Kapitel 15 081 40
- 3 Geschlechtergerechte Sprache anwenden! 42**
- Antrag  
der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN  
Drucksache 14/4238
- Der Ausschuss lehnt den Antrag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen ab.
- 4 Effiziente öffentliche Daseinsvorsorge der Menschen in NRW langfristig sichern 43**
- Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4486
- Der Ausschuss lehnt den Antrag ohne Aussprache mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen von SPD bei Enthaltung von Bündnis 90/Die Grünen ab.

**5 Faire Sportgeräte für einen fairen Sport 44**

Antrag  
der Fraktion der SPD  
Drucksache 14/4479

Ohne Aussprache empfiehlt der Ausschuss für Generationen, Familien und Integration dem federführenden Sportausschuss den Antrag der Fraktion der SPD mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen der SPD bei Enthaltung der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen abzulehnen.

**6 Jungen fördern - ohne Mädchen zu benachteiligen - durch individuelle Förderung die Geschlechtergerechtigkeit in der Schule weiter verbessern 45**

Antrag  
der Fraktion der CDU und  
der Fraktion der FDP  
Drucksache 14/4488

Der Ausschuss verzichtet auf ein Votum, um so die Bemühungen des federführenden Ausschusses, einen fraktionsübergreifenden Antrag zu formulieren, zu unterstützen.

\* \* \*



**1 Gesetz zur frühen Bildung und Förderung von Kindern (Kinderbildungsgesetz - KiBiz) - Viertes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - SGB VIII -**

Gesetzentwurf  
der Landesregierung  
Drucksache 14/4410

Ausschussprotokolle 14/470 und 14/471  
Stellungnahmen siehe APr 14/470 und APr 14/471

Zuschriften 14/628, 14/636 - 14/724 - 14/797 (Briefaktion), 14/658, 14/667, 14/725 (Briefaktion), 14/729, 14/738, 14/739, 14/756, 14/758, 14/860, 14/868, 14/869 (Unterschriftenaktion), 14/870, 14/873, 14/893, 14/918 - 14/935 (Briefaktion), 14/920, 14/926, 14/942, 14/953, 14/959, 14/966, 14/973, 14/974, 14/975, 14/1011, 14/1012, 14/1013, 14/1014, 14/1015, 14/1016, 14/1017 (Briefaktion), 14/1018 (Unterschriftenaktion), 14/1019 (Unterschriftenaktion), 14/1020, 14/1021, 14/1030, 14/1046, 14/1048, 14/1052, 14/1054, 14/1055, 14/1057, 14/1058, 14/1061, 14/1070, 14/1071 (Postkartenaktion), 14/1072, 14/1073, 14/1074, 14/1075, 14/1076, 14/1080, 14/1083, 14/1088 (Unterschriftensammlung), 14/1089, 14/1090, 14/1091, 14/1092, 14/1097, 14/1098, 14/1099, 14/1103, 14/1104

**Vorsitzende Andrea Milz:** Wir hatten am 28./29. August 2007 gemeinsam mit dem Ausschuss für Kommunalpolitik und Verwaltungsstrukturreform und dem Ausschuss für Schule und Weiterbildung die öffentliche Anhörung. Beide Protokolle liegen seit dem 13. September vor. Wir können die Ergebnisse der Anhörung heute auswerten.

**Wolfgang Jörg (SPD):** Frau Vorsitzende! Meine Damen und Herren! Es war eine gute Vereinbarung, dass wir hinreichend Platz gefunden haben, diese Anhörung zu würdigen. Als Erstes möchte ich generell feststellen: Die Behauptung, dass Kritik an dem Gesetz Stimmen Einzelner sei, ist bis heute widerlegt worden. Gerade unten haben wir wieder eine Unterschriftenaktion erlebt. Es gibt auch, was die Fachberatung, was die Experten angeht, keinen Einzigen, der in der gesamten Anhörung dieses KiBiz gelobt hätte. Es gab eine massive Kritik durch die Bank auch in diesen elementaren Bereichen, die wir als Opposition von Beginn an immer kritisiert haben.

Ich möchte auf ein paar Punkte eingehen, die widerlegt sind, beispielsweise die Aussage, dass eine individuelle Betreuung der Kinder unterm KiBiz möglich wäre. Es gibt niemanden, der pädagogisch im Land unterwegs ist, der sagt, dass das KiBiz einen Rahmen dafür bieten würde, eine individuelle Förderung zu ermöglichen - im Gegenteil. Alle Experten haben gesagt: Wenn die Rahmenbedingungen so gestrickt werden, werden sich die Gruppen vergrößern. Es wird einen Wettbewerb um die Kinder geben. Das wird zu strukturellen Veränderungen in der Trägerlandschaft führen. Vor allem wird sich auch die Struktur der einzelnen Gruppen verändern, und zwar wer-

den sie wesentlich größer. Da eine individuelle Förderung zu organisieren, ist nicht möglich. Das ist deutlich geworden.

Zum Thema Bildung: Die Kritik, die wir von vornherein formuliert haben, wurde im Kern von den Experten bestätigt. Es gibt keinen substanziellen Satz im Gesetz zum Thema Bildung. Dass Erzieherinnen und alle, die in den Einrichtungen arbeiten, unter diesen Bedingungen noch einen Bildungsauftrag erfüllen können, den wir, wie beispielweise im GTK formuliert, in der öffentlichen Meinung wiederfinden, ist ausgeschlossen. Unter diesen Bedingungen gibt es keine Möglichkeit, Kinder individuell zu fördern. Unter diesen Bedingungen gibt es keine Möglichkeit, einen Bildungsauftrag zu erfüllen, so wie wir es uns wünschen würden, wie sich die Eltern es wünschen würden, wie sich das auch die Menschen wünschen würden, die sich mit der Zukunft unserer Gesellschaft auseinandersetzen.

Ich habe es bereits gesagt: Die Struktur des Gesetzes - das haben selbst Experten, die der FDP nahe stehen, gesagt - schwächt Großstadtstrukturen und stärkt den ländlichen Raum, wo die Gesellschaft in sozialer Hinsicht etwas stabiler aufgestellt ist. In der Regel werden kleinere dörfliche Strukturen gestärkt. Immer da, wo es soziale Probleme gibt, wo die Menschen sowieso Schwierigkeiten haben, kommt es durch das KiBiz zu strukturellen Benachteiligungen. Das fängt mit den Elternbeiträgen an.

(Widerspruch von Minister Armin Laschet)

- Ja, sicher. Das gehört alles dazu, Herr Laschet. Die Professorin aus der Universität Duisburg-Essen - sie war von der FDP benannt - hat ausdrücklich auf meine Frage, ob es eine strukturelle Benachteiligung von Großstadtsituationen gibt, mit Ja geantwortet. Das können Sie gerne im Protokoll nachlesen. Wir haben es immer so gesehen: Es ist auf der ganzen Welt so. Soziale Probleme bilden sich in Großstadtsituationen immer häufiger ab als auf dem Land, überall in der Welt und bei uns auch. Diese Strukturen schwächen Sie mit dieser Gesetzgebung, so wie sie bis jetzt formuliert ist. Der Einzige im Land, der sagt, das wäre nicht so, das sind Sie, Herr Minister. Alle anderen, insbesondere die Experten in der Anhörung sagen, das wäre so. Das können Sie nachlesen.

Auch das Verfahren stieß auf große Kritik. Es wurde gefragt, wie es weitergeht. Das haben wir auch von Anfang an gesagt. Das Jahr der Vorbereitung, Herr Minister, war ein Jahr der Verwüstung. Das hat sich klar in der Anhörung widerspiegelt. Sie können durch die Trägerlandschaft gehen: Es herrscht eine riesengroße Verunsicherung. Sie haben bis heute nicht annähernd klargestellt, was Sie denn vorhaben, an Änderungen einzubringen. Es gibt viele Gerüchte und Gemurmel. Die Nerven in den Einrichtungen liegen blank, weil kein Mensch weiß, was wirklich kommt. Seit einem Jahr wird ein Kompromiss formuliert. Dann war es doch keiner, weil Sie gemacht haben, was Sie wollten und sich nicht auf die Punkte verständigt haben, die in dem Verfahren an Ergebnissen vorlagen. Die Situation nicht nur für die Erzieherinnen ist unerträglich, weil sie nicht wissen, ob sie nächstes Jahr gleichermaßen eine Beschäftigung haben wie in diesem Jahr. Es ist eine unerträgliche Situation, was die Planungssicherheit für die Träger angeht. Und es ist auch eine unerträgliche Situation

der Gemeinden und Kommunen, die schon jetzt mit hohen sozialen Belastungen leben müssen.

Dieses KiBiz - die Expertenanhörung hat das eindrucksvoll bestätigt - ist in keinem Fall ein Gesetz für die Kinder unseres Landes. Es ist ein Spargesetz. Wir haben das formuliert. Wie gesagt, alle Experten haben sich im Kern unserer Kritik angeschlossen. Ich könnte noch viele einzelne Punkte herauspicken, beispielsweise die Finanzierung der Sprachstandstests. Sie werden niemanden finden, der sagt, dass die Sprachförderung angesichts dieser Eckpunkte, die im Gesetz stehen, individuell möglich wäre. Man könnte es wirklich gleich sein lassen. Das hätte wahrscheinlich einen ähnlichen Effekt. Dieses Gesetz ist nicht für die Kinder gemacht. Es dient nicht dazu, eine individuelle Förderung in den Einrichtungen zu organisieren. Es belastet in erheblichem Maße die Erzieherinnen und Erzieher. Es kommen immer mehr Aufgaben in das System ohne auskömmliche Finanzierung. Es gibt eine große Verunsicherung unter den Jugendhilfeplanern, wie es in den Städten und in den Einrichtungen weitergehen soll.

Rundum: Die Anhörung über die zwei Tage war eine große Bestätigung für die im Wesentlichen von uns schon vorher formulierten Kritikpunkte, und zwar unabhängig von der Parteizugehörigkeit der Experten. Das hat uns Aufwind gegeben, auch wie wir heute wieder gesehen haben. Ich habe gerade mit Frau Milz und Frau Asch 30.000 Unterschriften von Eltern und Menschen, die in dem Bereich aktiv sind, entgegengenommen. Zusammen sind es jetzt 160.000 Unterschriften. Das machen die nicht, weil sie das KiBiz so toll finden, Herr Minister. Sie machen es, weil sie im Kern mit der Kritik der Experten und mit uns einig sind, dass dieses Gesetz so nicht geht.

**Marie-Theres Kastner (CDU):** Frau Vorsitzende! Herr Minister! Meine Damen und Herren! Es ist nicht verwunderlich, ja, es ist parlamentarisch so üblich, dass Regierung und Opposition an manchen Stellen andere Schlüsse auch aus solchen Anhörungen ziehen, wie sie am 28./29. August gelaufen sind.

Ich möchte jetzt ganz konkret zur Anhörung sprechen und nicht zu dem, was ich als allgemeines Empfinden bei Veranstaltungen erlebe, an denen Sie, an denen wir alle in den letzten Wochen und Monaten teilgenommen haben. Wir hatten eine zweitägige Anhörung. Was mich als Erstes an dieser Anhörung beeindruckt hat, war die Sachlichkeit und die nicht vorhandene Polemik während der ganzen zwei Tage. Ich würde mir wünschen, dass wir uns daran bis zum Ende des Gesetzgebungsverfahrens ein Beispiel nehmen und es ebenso halten. Das ist ein Punkt.

Der zweite Punkt: Ich möchte mich an dieser Stelle noch einmal dafür bedanken, dass wir auch viele konstruktive Anregungen bekommen haben, konstruktiv, weil sie im Endeffekt deutlich am Gesetz entlang gesagt haben: Das sind die Dinge, die finden wir gut, und das sind die Dinge, da bitten wir, seitens der Politik noch einmal darüber nachzudenken. An erster Stelle darf ich die kommunalen Spitzenverbände nennen. Und gerade vor dem Hintergrund des vor Kurzem eingegangenen Angebotes möchte ich die gesamte LAGF nennen, also auch die freien Wohlfahrtsverbände, die sich noch einmal ins Gespräch gebracht und uns gemeinsam einen Vorschlag

überbracht haben, den wir im Moment intensiv in der Fraktion und interfraktionell mit dem Koalitionspartner diskutieren.

Herr Jörg, Sie haben gesagt, es hätte niemanden gegeben, der diesem Gesetz positive Aspekte abgerungen habe. Ich könnte jetzt die Anhörungsunterlagen herausholen und Ihnen Dinge vorlesen, die da drin stehen. Ich möchte zunächst Dr. Articus zitieren. Er sagt:

„Das Gesetzesvorhaben der Landesregierung, die Grundlagen im Elementarbereich neu zu gestalten, war und ist in vielerlei Hinsicht eine begrüßens- und unterstützenswerte Initiative.“

Er sagt weiter:

„Ferner zielt sie auf eine Verbesserung der Bildungsarbeit in den Tageseinrichtungen für Kinder.“

Sie haben behauptet, dass Bildungsarbeit nicht mehr gehe, dass Kindertagesbetreuung mit dem neuen Gesetz nicht mehr gehe. Ich muss ganz ehrlich sagen: Sie stellen damit all diejenigen ein Zeugnis der Nichtfachlichkeit aus, die am Konsensverfahren beteiligt waren und uns die Rahmenbedingungen vorgedacht haben und die jetzt auch in dem neuen Gesprächs- und Verhandlungsangebot Wert darauf gelegt haben festzuhalten, dass sie sich unter diesen Bedingungen sehr wohl eine Bildungsarbeit und eine pädagogische Arbeit in dem Bereich vorstellen können.

Ich könnte jetzt noch weiter zitieren. Ich nehme Frau Dr. Stöbe-Blossey, die gesagt hat:

„Dankenswerterweise - ich sage ausdrücklich: dankenswerterweise - sind die Gruppenformen nur als Berechnungsgrundlagen gedacht. Sie schränken nicht die Freiheit des Trägers ein, seine Konzepte pädagogisch sinnvoll umzusetzen. Ich halte es für unbedingt notwendig, dass die Entscheidung über die Gruppenstrukturierung in der pädagogischen Verantwortung des Trägers liegt.“

Zu sagen, es hätte nur Kritik gegeben, ist falsch. Wenn Sie sagen, selbst die Jugendhilfeplaner vor Ort könnten damit nicht klar kommen, dann kann ich mich nicht nur an viele Begegnungen in diesen Wochen erinnern. Ich bleibe bei den Äußerungen in der Anhörung. Ich bleibe beim Schlusswort des Dezernenten der Stadt Hennef.

Erinnern wir uns an das Jahr 1998. Da waren Sie an der Regierung und haben das GTK umgewandelt. Es hat mindestens so viele Proteste gegeben wie jetzt. Ich zitiere Herrn Jonny-Josef Hoffmann, der am Schluss gesagt hat: Gebt dem KiBiz eine Chance! Das ist ein Jugenddezernent, jemand, der weiß, dass das, was auf dem Tisch liegt, hinterher von ihm umgesetzt werden muss. Er sieht darin nicht die größte Katastrophe aller Zeiten, sondern er sagt: Gebt ihm eine Chance! Das heißt, er hat das Positive dieses Gesetzes sehr wohl gesehen.

In den Stellungnahmen wurde deutlich: Wir brauchen ein Mehr an U-3-Betreuung. Das ist nicht möglich mit dem vorhandenen Gesetz, wenigstens nicht in der Menge, die wir brauchen und die die Familien von uns einfordern. Wir brauchen darüber hin-

aus eine Verankerung der Familienzentren, wir brauchen eine Verankerung der Sprachförderung. Ich denke, dass dazu das KiBiz einen guten Beitrag leistet. Dann sollten Sie die Stellungnahmen der Träger vielleicht noch einmal lesen. Vielleicht gefällt Ihnen das dann etwas besser. In diesem Sinne kann man sich Herrn Hoffmann anschließen. Wir werden dem KiBiz eine Chance geben. Das werden wir auch in den nächsten Tagen tun. Wir werden in einer Woche erneut eine Sitzung des Ausschusses haben und werden das Gesetz dann zur Beschlussfassung im Ausschuss bringen. In den letzten Tagen haben wir immer wieder deutlich gemacht: Am 18. Oktober werden wir Ihnen das Ergebnis unserer Auswertung in Form von Änderungsanträgen vorlegen. Ich denke, dass dazu die Anhörung sehr hilfreich war. In diesem Sinne werden wir dann auch so beschließen.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Frau Vorsitzende! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Frau Kastner, wir haben uns schon nach Ihrer Presseerklärung, die Sie schon während der Anhörung herausgegeben haben, gefragt, ob wir uns eigentlich im gleichen Raum befunden haben und ob wir das Gleiche wie Sie gehört haben. Jetzt müssen wir - die schriftlichen Stellungnahmen konnten durchgearbeitet werden - nach allen Äußerungen der Sachverständigen feststellen, dass Sie sich immer noch die Realität so zurechtbiegen, wie Sie sie sehen wollen.

Frau Kastner, Sie kommen nicht umhin wahrzunehmen, dass über 90 % der Sachverständigen, die in der Anhörung anwesend waren, ein vernichtendes Urteil zu diesem KiBiz in allen Einzelpunkten abgegeben haben.

Wenn Sie sich den von Ihnen bestellten Jugendamtsleiter aus der Stadt Hennef herauspicken, der sich als Einziger positiv geäußert hat, dann zeigt das auch nur, dass die restlichen Sachverständigen - seien sie aus den kommunalen Spitzenverbänden, aus der Freien Wohlfahrtspflege, aus den Erzieherinnenverbänden, den Elternverbänden, den Vertreterinnen der Familienverbände - in ihren Stellungnahmen zu den Einzelpunkten das Gesetz massiv kritisiert haben. Sie können natürlich so weiter machen wie in den letzten anderthalb Jahren. Wir müssen uns auch noch einmal vor Augen führen: Wir beraten sei über anderthalb Jahren in einem sehr mühsamen Prozess ein Gesetz, das von allen Beteiligten, das von allen, die davon betroffen sein werden - die Eltern, die Erzieherinnen, die Kommunen, die Wohlfahrtsverbände -, abgelehnt wird. Wir sind immer noch nicht an einem Endpunkt angelangt. Jetzt gehen Sie, Frau Kastner, als Vertreterin der CDU-Fraktion hin und sagen: Die Kritik ist an einigen Einzelpunkten erhoben und formuliert worden. Das ist wirklich eine Verkennung der Wirklichkeit. Man kann das nicht anders beschreiben.

Ich möchte noch einmal darauf eingehen, was wir hier eigentlich tun. Wir beraten ein Gesetz, das, wie Sie als Landesregierung selber formulieren, den Anspruch hat, die pädagogische Qualität und den Bildungsauftrag im Elementarbereich in den Kindertagesstätten zu verbessern. Wir haben den Auftrag - er wird uns von der Gesellschaft gestellt -, ein Gesetz zu beraten, dass das Ziel verfolgen sollte, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu verbessern und den U-3-Ausbau voranzubringen.

Wenn wir uns die Äußerungen der Sachverständigen anschauen, dann sehen wir, dass dieses Gesetz in allen drei Oberzielen diese Anforderungen nicht erfüllt und

dass das Gesetz keine Grundlage ist, um diesen gesellschaftlichen Auftrag, der uns gegeben ist, zu erfüllen. Das ist das Ergebnis der Anhörung.

Das Ergebnis der Anhörung hat auch gezeigt ...

(Zuruf von Christian Lindner [FDP])

- Sie können gleich darauf eingehen, auch Sie waren jemand, der gesagt hat: Das Gesetz muss zurück in die Montagehalle.

(Christian Lindner [FDP]: Kein Wortlaut von mir!)

- So sind Sie in der Presse zitiert worden. Wir können später noch einmal darüber sprechen.

Ich möchte kurz zusammenfassen, wie das die Erzieherinnenverbände in der Anhörung gesagt haben. Das Gesetz ist kein Gesetz für die Kinder. Das Gesetz ist kein Gesetz für die Eltern. Das Gesetz ist ein Gesetz für den Finanzminister. Es müsste auch nicht KiBiz heißen, sondern es müssten KiFiz heißen, denn das ist ein Kinderfinanzierungsgesetz und kein Kinderbildungsgesetz.

Gerade an dem Bildungsbegriff haben wir uns in der Anhörung sehr lange aufgehalten. Es war im Grunde eine Ohrfeige, Herr Laschet, die Sie sich von den Sachverständigen abholen mussten, weil gezeigt wurde, dass der vermeintliche Anspruch, die Kinderbildung zu stärken, ein Rückschritt hinter dem ist, was jetzt als Grundlage im GTK schon gegeben ist, weil Sie nämlich den Bildungsbegriff vollkommen auf rein kognitive, sprachliche Aspekte reduzieren und nicht wahrnehmen, was die Wissenschaftler aus der Frühförderung, was alle Fachleute, die mit Kindern arbeiten, herausgefunden haben, dass nämlich Kinder einen ganzheitlichen Bildungsauftrag brauchen, dass es nicht um verschulte Ansätze geht, dass es um Wahrnehmung, um kreative, um haptische Erfahrungen geht, die Kinder machen müssen, dass man sie nicht in einen Stuhlkreis setzen kann, um Zahlen, alle möglichen kognitiven Dinge zu lernen.

Das ist Ihr Bildungsbegriff. Der ist Ihnen um die Ohren gehauen worden. Das heißt, auch in diesem Bereich erfüllt das Gesetz das, was es im Namen trägt, in keiner Weise. Es gibt sehr viele Kritikpunkte. Ich möchte das an den drei Hauptpoints abarbeiten, die ich eben genannt habe. Das eine ist die Bildung, den Bildungsauftrag stärken. Wie können Sie den Bildungsauftrag stärken - auch das haben die Fachleute gefragt -, wenn demnächst die Gruppen so voll sind, dass Sie die einzelnen Kinder überhaupt nicht erreichen, wenn nicht genügend qualifiziertes Personal da ist, das auf die Kinder im Einzelnen eingehen kann, das die Kinder im Einzelnen ansprechen kann, wenn Sie demnächst nur noch „sauber, satt und trocken“ verwirklichen können, weil nicht genügend Personal für die einzelnen Kinder da ist und die Gruppen vollgestopft werden können mit Größen nach oben offen.

Ein wesentlicher Punkt wurde Ihnen immer wieder entgegengehalten: Pädagogische Standards sind in diesem Gesetz nicht festgeschrieben. Die pädagogischen Standards werden stattdessen anheim gegeben und werden je nach Kassenlage der Kommunen demnächst gestaltet werden.

Das Zweite, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf: 25 % der Kinder sollen demnächst mehr als 45 Stunden betreut werden dürfen. Da haben Sie den Deckel drauf gelegt. Das bedeutet, dass wir jetzt schon eine Quote - das wissen Sie laut DJI-Studie - von 28 % Ganztagsplätzen in NRW haben, die Sie noch unterschreiten. Jede Kommune, die über die 25 % hinausgeht, muss demnächst gucken, ob sie das aus eigenen Mitteln aufstockt, weil ihr die Landesmittel, die Landeszuschüsse nicht mehr zur Verfügung stehen.

Ein Ziel, das Sie formuliert haben, was das neue Gesetz erreichen soll, ist der Bürokratieabbau. Ich fand es sehr eindrücklich, was die Landesjugendämter und was die Vertreterinnen und Vertreter der kommunalen Spitzenverbände beschrieben haben. Wir werden in den Einrichtungen aufgrund der vielen Variationsmöglichkeiten - 32 mögliche Kopfpauschalen wird es in Zukunft geben, die von den Einrichtungen selber ermittelt werden müssen - mehr Bürokratie haben. Wir werden mehr Bürokratie haben bei den örtlichen Jugendämtern, und wir werden mehr Bürokratie haben bei den Landesjugendämtern, die hinterher die Betriebserlaubnisse ausstellen müssen. Die Landesjugendämter haben klar gesagt: Wenn das so bleibt, dann müssen wir Personal einstellen.

Fazit ist: Ihnen haben die Sachverständigen eindrücklich ins Stammbuch geschrieben: Das ist kein Gesetz für die Kinder, für die Eltern. Es erfüllt in wesentlichen Punkten die Ziele, die Sie sich selber gesetzt haben, nicht. Für uns bleibt es dabei: Dieses Gesetz muss vom Tisch. Es helfen auch keine Nachbesserungen. Es helfen auch nicht diese Nachbesserungen, die jetzt in der Diskussion sind. Wir sind gespannt darauf, was Sie in den 14 Tagen daraus machen.

Ich halte es im Übrigen für ein sehr undemokratisches Verfahren. Wir haben noch 14 Tage Zeit bis zur Verabschiedung des Gesetzes. Sie werden uns - das haben Sie eben angekündigt, Frau Kastner - in der nächsten Woche, das heißt eine Woche vor Verabschiedung des Gesetzes, Ihre Beratungsergebnisse präsentieren. Da wird es nicht mehr möglich sein, dass die Verbände, dass die Betroffenen das in geeigneter Weise bewerten und sagen, ob das in die richtige Richtung geht oder nicht. Das heißt, eine demokratische Bewertung und Beratung dieser Vorschläge wird in der Kürze der Zeit, eine Woche, Herr Kern, nicht mehr möglich sein. Das halte ich, mit Verlaub, auch nachdem wir seit über anderthalb Jahren um diese Gesetzgebung ringen, für eine arrogante Haltung. Ich halte es für eine Zumutung sowohl für die Betroffenen, für die Verbände als auch für uns als Opposition.

**Ralf Witzel (FDP):** Frau Vorsitzende! Wenn ich direkt an meine Vorrednerin anknüpfen darf: Frau Asch, es gibt eine einzige Sache in Ihrem Beitrag, den Sie gerade geleistet haben, die stimmt, nämlich dass KiBiz ein Gesetz ist, das auch den Finanzminister betrifft, selbstverständlich. Denn er stellt innerhalb der nächsten drei Jahre dieser Legislaturperiode 250 Millionen € mehr für den Elementarbereich zur Verfügung als bislang.

(Andrea Asch [GRÜNE]: Darüber werden wir gleich in den Haushaltsberatungen sprechen.)

- Ich habe Sie auch ausreden lassen. Reden Sie mir nicht dazwischen! 250 Millionen €, absoluter Betrag, sind etwa plus ein Viertel der Ressourcen, jetzt alleine in den nächsten drei Jahren realisiert. Im Vergleich zu dem, was Sie in den letzten Jahren in dem Bereich auf den Weg gebracht haben, ist das ein riesiger Quantensprung. Das ist eine Prioritätensetzung mit weit über 1 Milliarde €. Nie hat sich das Land in der Vergangenheit bereit erklärt, so viel Geld für den Elementarbereich zur Verfügung zu stellen. Deshalb betrifft dieses Gesetz natürlich den Finanzminister. Wir haben selbstverständlich auch mit dem Finanzminister gerungen, dass wir entsprechendes Kapital mobilisieren können, um zukünftig verstärkt in diesem Bereich tätig sein zu können. Das ist richtig.

Frau Asch, Ihre Bewertung, wie Sie sich über Sprachförderung äußern, was das für ein falsches Bildungsverständnis sei, teile ich ausdrücklich nicht. Niemand hat gesagt, in Zukunft finde in Kindertageseinrichtungen nur noch diese Art der Bildung statt. Es ist sehr gut, dass zukünftig Dinge auch mit in die Arbeit hineinkommen, die jetzt - das war früher für Sie auch kein Thema, weil es nicht durch Budgets unterlegt war - entsprechend systematisch vollzogen werden.

(Zurufe von SPD und GRÜNEN)

Wir haben in jedem Jahr - diese Zahlen haben Sie in Ihrer Regierungszeit hinterlassen - fast 10 % eines Altersjahrgangs von Jugendlichen, die im Bildungssystem scheitern, bei denen ein ganz wesentlicher Bestimmungsfaktor sprachliche Defizite sind. In ganz Deutschland gibt es in keinem anderen Bundesland einen so systematischen Schritt nach vorne, was vorschulische Sprachförderung angeht, was das Sprachstandsfeststellungsverfahren angeht. Das hat nichts damit zu tun, dass das Thema früher nicht gesehen worden wäre, sondern dass es kein Bundesland gibt, das an dieser Stelle so konsequent handelt, dafür Ressourcen zur Verfügung stellt und damit ganzen Alterjahrgängen, die zukünftig ins Schulsystem eintreten, eine realistische Perspektive gibt, erfolgreicher ihre Bildungslaufbahn zu absolvieren, bessere Chancen auf eine Ausbildung zu haben, bessere Chancen später im Leben, auch im Beruf, sich die eigene Existenz sichern zu können. Das hat eine hohe soziale Dimension. Das hier in der Vermittlung gering zu schätzen und so zu tun, als sei das nichts, als sei das alles ganz unwichtig oder ein falsches Verständnis von Bildung, das halte ich für grundfalsch.

Nächster Punkt: Wir brauchen dringend mehr Angebotskapazitäten im Bereich U-3. Da können Sie auch sagen: Das ist alles dummes Zeug. Das stimmt nicht. Schauen Sie in den Familienatlas hinein - er ist letzte Woche erschienen -, warum Nordrhein-Westfalen mal wieder Schlusslicht mit den Zahlen ist, die Sie nach Ihrer Regierungszeit hinterlassen haben. Warum? Weil Sie den Begriff U-3 immer falsch verstanden haben. Als Sie vor zwei Jahren abgewählt worden sind, haben Sie 2,8 % an Betreuung in diesem Bereich hinterlassen. Das war für Sie U-3-Förderung. Wir verstehen U-3-Förderung richtig. Wir wollen die Plätze für unter Dreijährige in diesem Bereich massiv ausbauen. Wir wollen mehr als eine Vervielfachung in diesem Bereich. Auch hier haben Sie Nordrhein-Westfalen vor zwei Jahren auf den Abschiedsplätzen bundesweit hinterlassen. Herr Jörg, angesichts der Ausgangslage, die Sie uns hinterlassen haben, ist es eine Herkulesaufgabe, zu Verbesserungen zu kommen. Wir halten

es aber in der Sache für notwendig. Und der Familienatlas und die dortigen Feststellungen bestärken uns ausdrücklich in den Zielen, dass wir mehr Angebote im Bereich U 3 dringend benötigen. KiBiz ist ein Landesgesetz. Deshalb handeln wir an dieser Stelle auch in Nordrhein-Westfalen. Wenn das alles bundeseinheitlich in den letzten Jahren gehandhabt worden wäre, hätten wir nicht die bundesweite Differenzierung.

Herr Jörg, Sie haben Richtiges und Falsches gesagt. Sie haben richtigerweise gesagt, dass die Anhörung, vorgetragen durch eine Vielzahl qualifizierter namhafter Persönlichkeiten wesentliche Prüfaufträge für den weiteren Beratungsgang erteilt hat. Sie würden uns einen großen Vorwurf machen, wenn wir als Koalitionsfraktionen nicht bereit wären, ruhig, sachlich und gründlich all die Punkte ernsthaft zu prüfen, in Erwägung zu ziehen, miteinander zu diskutieren und wohlwollend zu prüfen, an welchen Stellen welche berechtigten Hinweise auf Modifikation im Gesetz gegeben wurden, die auch im laufenden Prozess der Gesetzgebung noch zu berücksichtigen sind.

Das ändert aber nichts daran, dass wir die Ziele, die wir verfolgen, die ich eben skizziert habe, ob es die Sprachförderung ist, der Ausbau im Bereich U 3, selbstverständlich weiterhin für uns auf dem Radar bleiben, dass wir deshalb auch in den Strukturen, in denen KiBiz angelegt ist, weiter denken, dass aber die Fragen und Aspekte, die genannt worden sind, es verdient haben, geprüft zu werden.

Ich bin mir sehr sicher, Sie würden uns einen großen Vorwurf machen, wenn wir das alles vom Tisch wischen würden und uns nicht mit den Fragen entsprechend auseinander setzen würden. Deshalb haben wir Ihnen auch frühzeitig mitgeteilt - Sie sind frei, wie Sie als Oppositionsfraktion das jeweils für sich bewerten, so wie wir das auch innerhalb der Koalition tun werden -, dass wir in Gesprächen mit vielen Betroffenen, mit Verbänden und untereinander in der Koalition sind. Wir werden uns nächsten Dienstag in den turnusmäßigen Fraktionssitzungen mit den Themen beschäftigen und Ihnen auch zeitnah die Ergebnisse mitteilen, die dann auch von unserer Seite aus politisch auf der Entscheidungsagenda stehen, damit wir zu einer sachgerechten und zügigen Verabschiedung des Gesetzes im Oktober kommen.

Es ist auch kein Geheimnis: Es ist eine Binsenweisheit, dass kein großes Reformgesetz das Parlament so verlässt, wie es das Parlament erreicht. Wir haben uns drei große Reformgesetze im Bildungsbereich in dieser Legislaturperiode vorgenommen, zwei haben wir umgesetzt, das Hochschulfreiheitsgesetz und das Schulgesetz. KiBiz kommt jetzt im Oktober. Bei den Gesetzen vorher war es so, dass Anregungen aus Anhörungsverfahren von Experten aufgegriffen wurden, dass es zu Veränderungen entsprechend gekommen ist. Sie können fest davon ausgehen: Hier wird nicht irgendeine Vorlage 1:1 durchgenickt - das wäre auch unwürdig angesichts der Bedeutung der Themen, um die es hier geht -, sondern wir haben unsere Prüfabenda und werden Ihnen Anfang nächster Woche auch mitteilen können, welche Verbesserungen am KiBiz aus unserer Sicht noch geboten sind und von uns im weiteren Prozess unterstützt werden.

Das Ganze ändert nichts daran, dass wir von der Grundstatik und Anlage her KiBiz in seinen Zielen, in den zusätzlichen finanziellen Ressourcen, die zur Verfügung gestellt werden, und auch in der Konstruktionslogik für ein gutes Gesetz halten. Wir

wollen es noch besser machen. Unsere Vorschläge dazu bekommen Sie in den nächsten Tagen.

Dass das eine große Herausforderung ist bei der Ausgangslage, die wir vorfinden, weil wir nicht wie andere Bundesländern mit viel größeren Schritten vorangekommen sind und darauf aufbauen können, sondern viele neue Grundlagen schaffen müssen, ist richtig. Aber die Herausforderung nehmen wir ausdrücklich an.

Letzte Bemerkung, Herr Jörg: Ich gestehe Ihnen zu, Herr Jörg, dass Sie auch berechnete Punkte aus der Anhörung und dem Verfahren angesprochen haben. Eines finde ich auch für eine Opposition nicht fair: Wenn Sie hier weiterhin den Eindruck verbreiten, KiBiz sei ein Spargesetz.

Man kann sich trefflich streiten. Es gibt auf allen Seiten gute Gründe, sich miteinander zu unterhalten, warum man einen bestimmten Zugang hat, was die Finanzierungssystematik angeht, was gerechter ist, welche Träger wie viel bekommen sollen. Da kann man viele Diskussionen aus guten unterschiedlichen sachlichen Gründen führen. Ich bitte Sie sehr herzlich, Herr Jörg, weil Sie es ausdrücklich gesagt haben: Genauso wenig wie wir beratungsresistent sind und sagen, es gebe nicht auch Aspekte des Anhörungsverfahrens, die wir für uns ernsthaft prüfen, genauso bitte ich Sie zur Kenntnis zu nehmen, dass man, was Stellenschrauben, was Konstruktionsprinzipien angeht, berechnete Fragen stellen kann, dass es aber angesichts der Haushaltslage, die wir haben - an der Politik, die es die letzten Jahre in Nordrhein-Westfalen gegeben hat, ist die SPD nicht ganz unbeteiligt gewesen -, nicht redlich ist, wenn Sie diesen finanziellen Kraftakt als Spargesetz abqualifizieren.

Wir bringen die Bereitschaft und die Kraft auf, hier keine Bundesmittel umzuleiten, sondern aus eigener Finanzierung des Landes innerhalb von drei Jahren zu einer Erhöhung des absoluten Anteils von 250 Millionen € zu kommen, so viel, wie kein anderer Politikbereich an Verteilungsspielräumen für sich selber in Zeiten der Haushaltskonsolidierung erwirtschaftet, ganz abgesehen von den vielen Jahren verfassungswidriger Haushalte des Landes, mit denen wir umgehen müssen.

**Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration:** Ich denke, die Anhörung hat ...

(Zuruf von Andrea Asch [GRÜNE])

- Gott sei Dank gibt es das als Wortprotokoll. Es sind 107 Seiten, die wir mehrfach ausgewertet haben, die ich persönlich lese, weil ich das ernst nehme und weil ich Ihnen beschreiben möchte, dass ich vieles von dem, was Sie beschrieben haben, auf diesen 107 Seiten einfach nicht wiederfinde. Ich möchte ein paar sachliche Informationen zu dem geben, was Frau Asch hier vorgetragen hat.

Das Erste: Das neue Gesetz macht nur noch „sauber, satt und trocken“. Wenn Sie das so sagen und das auf die Frage beziehen, wie viel Geld wir da ausgeben, welche Gruppenformen wir haben und welche Fachkräfte wir in den Gruppen haben, dann wissen Sie, dass die Beschreibung über das, was da in Zukunft stattfindet, in einem, wie Sie selbst sagen, mühsamen Prozess - es hat anderthalb Jahre gedauert, das ist wahr - im Konsens mit drei kommunalen Spitzenverbänden, sechs Wohl-

fahrtsverbänden und zwei Kirchen erarbeitet worden ist. Sie unterstellen damit den Fachleuten, die mit uns zusammengesessen haben, sie hätten die Absicht gehabt, nur noch „sauber, satt und trocken“ in ein neues Gesetz hineinzuschreiben.

Als jemand, der anderthalb Jahre mit ihnen gesprochen hat, weiß ich, wie viel Mühe Sie sich gegeben haben, das zurückzukoppeln, mit Fachlichkeit einzubringen, weise ich dies für mich und für alle, die dies so entworfen haben, zurück.

Dieser Vorwurf, Frau Asch, auf diesen Teil bezogen „sauber, satt und trocken“, Personalkräfte, Fachkräfte, Fachstunden - wie viel brauchen wir dafür, um welche Aufgabe zu erfüllen? -, ist nicht berechtigt.

(Zuruf: Wer hat den Konsens verlassen?)

- Jetzt ruft die Gewerkschaft ver.di dazwischen: Wer hat den Konsens verlassen? Die Taktik ver.di von Herrn Stranz haben wir auf den Internetseiten nachlesen können. Das, was ich gerade beschrieben habe, hat niemand verlassen. Herr Becker hat in seiner ersten Wortmeldungen das Problem beschrieben: Was ist, wenn 17 Kinder da sind, Kindpauschalen da sind, wie wird das gerechnet? Diese Frage, ob man so oder so rechnet, war der Grund, weshalb die Wohlfahrtspflege gesagt hat: Der Konsens ist verlassen. Ich war da anderer Meinung. Es gibt inzwischen einen neuen Vorschlag der Wohlfahrtspflege und der kommunalen Seite, der übrigens über den Konsens hinausgeht. Ich habe im Landtag zugesagt: Das ist ein ernsthafter Vorschlag, den wir verstehen und den wir prüfen. In dem Prozess sind wir. Das war der Punkt, bei dem der Konsens verlassen ist.

Das, was Frau Asch gesagt, „sauber, satt und trocken“ bezieht sich auf Fachkräftstunden, auf Zeiten, für die Eltern Betreuungsverträge machen. Und dies ist gut gestattet, das ist das Konsensergebnis. Dafür habe ich mir anderthalb Jahre Zeit genommen, weil ich eben nicht „basta“ machen will, sondern weil ich all diejenigen, die davon etwas verstehen, bei diesem Konsens dabei haben wollte. Wenn sie gesagt hätten, wir brauchen noch ein Jahr, dann hätte ich sogar noch ein Jahr mit Ihnen gesprochen, denn das Gesetz ist wichtig.

(Beifall der Zuhörerinnen und Zuhörer)

**Vorsitzende Andrea Milz:** Noch einmal an die Zuhörer, ich lasse Sie entfernen. Ich meine das wirklich ernst. Die Saaldiener stehen vor der Tür. Das kostet mich drei Sekunden.

**Armin Laschet, Minister für Generationen, Familie, Frauen und Integration:** Das Gesetz ist wichtig genug.

Jetzt haben Sie ein Zweites gesagt, Frau Asch, vielleicht weil Sie auch nicht in den Details drin sind. Nach dem Referentenentwurf haben die Wohlfahrtspflege und die kommunalen Spitzenverbände gesagt: Du hast die Stunden gedeckelt, 25 Stunden 25 %, 50 Stunden 35 % und 25 % für 45 Stunden. Wir haben das ernst genommen, und im Beschluss des Kabinetts nach erneut mühsamen Verhandlungen mit dem Finanzminister ist dieser Deckel herausgenommen worden. Entweder weiß es Frau

Asch, dann sagt sie es extra, um Leute zu verunsichern, oder sie weiß es nicht, dann hat sie sich schlecht vorbereitet. Eines von beiden wird stimmen. Ich sage nur: Der Deckel ist heraus. Wenn morgen alle 45 Stunden buchen würden, wäre das vom Gesetz gedeckt. Der Deckel ist ausdrücklich herausgenommen worden. Es gab mühsame Gespräche, bevor das Kabinett endgültig beschlossen hat. Dieser Deckel ist herausgenommen worden.

Ich möchte noch etwas zu der Haushaltszahl sagen. Man kann über vieles streiten, man kann sagen, es sei unterfinanziert. Man kann da mehr wollen, man kann mehr Familienzentren fordern, alles akzeptabel. Nur zwei objektive Dinge kann man nicht bestreiten, da kann man auch objektive Daten einsehen. In keinem Haushalt in der Geschichte des Landes Nordrhein-Westfalen hat es über 1 Milliarde € in einem Gesetz für Kindertagesstätten je gegeben. Sie können sagen, da habe man früher alles herausgenommen, da habe man da und dort gekürzt. Es hat noch nie mehr als über 1 Milliarde € gegeben, erste Feststellung.

Zweite Feststellung: Es hat noch nie so wenig Kinder gegeben, sodass die Logik klar ist - wir verlieren bis 2010 leider 67.000 Kinder im Lande -, dass für jedes einzelne Kind, obwohl immer weniger Kinder da sind, immer mehr Geld ausgegeben wird. Das kann man auch, wenn man Opposition ist, einmal anerkennen und danach mit der üblichen Kritik weitermachen. Aber an Fakten vorbeizureden, ist einfach schwierig.

Zur Sprachförderung ist einiges gesagt worden. Natürlich wurde immer schon Sprachförderung gemacht. Das stellt niemand in Abrede.

(Britta Altenkamp [SPD]: Ich dachte, Sie hätten das erfunden!)

- Frau Altenkamp, ich habe das nicht erfunden. Da haben Sie sich getäuscht. Das hat es immer schon gegeben, nur umsonst. Man hat gesagt, das sei eine normale Aufgabe der Kindertagesstätte. Im Haushalt, den ich vorfand, als ich im Jahr 2005 hierher kam, waren für Sprachförderung 7 Millionen € vorgesehen. Das Geld war für die sogenannten Crash-Kurse gedacht, die vor der Schule stattfanden. Das stand nur für Gruppen zur Verfügung, bei denen der Anteil der Migranten bei über 50 % lag, Wir haben gesagt: Die Kindertagesstätten machen das schon viel früher. Wir müssen mit vier Jahren beginnen. Wir müssen das Geld für jedes Kind gezielt geben. Jetzt gibt es im Haushalt 28 Millionen € für die Sprachförderung. Das haben übrigens die Experten in der Anhörung - das können Sie nachlesen - ausdrücklich gewürdigt.

Sie haben auch viele kritische Dinge gesagt, aber Sie haben ausdrücklich gewürdigt, dass wir mehr Kinder früher erreichen und mehr Geld für Sprachförderung haben. Das habe ich nicht erfunden. Dass es aber dafür Geld gibt, das haben wir in der Tat erfunden. Denn bisher hat man gesagt: Das ist normaler Auftrag der Kindertagesstätte, das soll sie machen.

Dann hat Frau Asch gesagt - das hat sie auch auf der Pressekonferenz heute Morgen gesagt -, das, was die LAGF im September vorgeschlagen habe, reiche nicht aus, das sei alles nicht gut, es sei zu wenig, das werde dem Ganzen nicht gerecht. Die Meinung kann man ja vertreten. Ich nehme diesen Vorschlag sehr ernst. Er ist mehr als das, was im Konsens verabredet war. Ob Sie nun die Wohlfahrtspflege und die Kommunalen kritisieren, ist hier im Moment nicht die Frage. Ich kann von mir aus

für die Landesregierung nur bewerten, dass wir das sehr ernst nehmen, was da vorgeschlagen worden ist und wir das auswerten und sagen: Ja, ihr braucht Planungssicherheit. Was kann davon übernommen werden? Sie können das kritisieren. Wir halten das für eine interessante Idee. Das ist einer der Punkte - wie Sie wissen -, über den nachgedacht wird.

Letzte Bemerkung, U 3: Auch da sprechen die Zahlen für sich. Wir waren ziemlich weit hinten. Ich weiß, dass es in diesem Haus Konsens ist, dass wir das ausbauen müssen. Wir müssen das mit Bund, Ländern und Kommunen zusammen machen. Sie wissen, dass ich für die B-Länder die Verhandlungen mit Frau von der Leyen geführt habe. Man kann nicht Forderungen an den Bund stellen und dann sagen, die Länder sollen es machen. Der Bund muss sich auch beteiligen, wir werden uns beteiligen, die Kommunen ebenfalls. Diesen Dreiklang müssen wir schaffen. Diese Kraftanstrengung gelingt. Die Ministerpräsidenten werden Mitte Oktober eine Verwaltungsvereinbarung mit dem Bund treffen.

Das KiBiz hat, unabhängig davon, schon für das nächste Jahr eine Verdoppelung der Plätze für die unter Dreijährigen vorgesehen. Jetzt sagen Sie: Da geht die kleine altersgemischte Gruppe nicht mehr.

Erstens geht sie noch, zweitens haben Sie in der Anhörung gehört - ich habe das nachgelesen, auch wenn ich nicht da war -, dass beispielsweise Frau Stöbe-Blossey deutlich gemacht hat, dass die kleine altersgemischte Gruppe aus pädagogischen Gründen eine sehr gute Form ist, dass es aber nicht unbedingt für jedes Kind die optimale Form ist und dass es auch für die größeren Kinder durchaus ein Vorteil sein, nicht in einer kleinen altersgemischten Gruppe zu sein. Sie hat sehr detailliert beschrieben, welche Wirkungen das hat. Warum sollen wir diese Vielfalt, die auch bei der Betreuung für unter Dreijährige möglich sein soll, nicht zulassen? Kinder sind unterschiedlich.

Manche Kinder sollten eher in einer kleineren Einheit mit Kleineren betreut werden. Manche hätten vielleicht lieber eine Tagesmutter oder einen Tagesvater. In der Anhörung wurde deutlich artikuliert, dass das eine Form kann. Warum sollen wir nicht auch das fördern, auch das zulassen? So sieht es das Bundesgesetz vor. Ich glaube, dass das KiBiz noch einmal eine landesgesetzliche Klarstellung bringt. Tagesmütter und Tagesväter müssen sozial versichert sein. Dafür brauchen die Kommunen Geld. Dafür brauchen alle, die sich engagieren, Geld. Auch das ist sicher etwas, was aus der Anhörung mit in das, was die Fraktionen in den nächsten Tagen machen, einfließen wird. Wenn man Anhörungen macht, sie ernst nimmt und dann ein Gesetz ändert, Frau Asch, dann ist das nicht undemokratisch, sondern dann ist das ein völlig normaler Vorgang. Anhörungen werden gemacht, in denen viele Menschen zusammenkommen, die eigene Erfahrungen mitbringen. Diese ernst zu nehmen, halte ich für sehr wünschenswert, auch wenn die Fraktionen dann ein Gesetz ändern.

**Ingrid Hack (SPD):** Frau Vorsitzende! Frau Kastner, ich habe mir vorhin das Ende der Anhörung in Erinnerung gerufen. Sie haben da völlig Recht. Wir haben uns voneinander mit der Aussicht verabschiedet, dass Ihre Fraktionen nachdenken. Herr Witzel hat es formuliert. Der Minister stellt es auch in Aussicht: Nachdenken und An-

derungen. Wir sind sehr gespannt, was da an Änderungen kommen wird. Offenkundig hat die gesamte kommunikative Leistung sowohl der regierungstragenden Fraktionen als auch des Ministeriums nicht weiter geholfen, Unsicherheiten, Kritik und Bedenken bei Erzieherinnen, Leitungen, Eltern und anderen Beteiligten der möglichen Wirkungen dieses Gesetzes zu zerstreuen.

Obwohl Frau Kastner kritisiert hat, dass wir aus unseren Erfahrungen in Wahlkreisen in NRW berichten, möchte ich zitieren. Noch vorgestern Abend waren über 100 Menschen in Köln versammelt, die nach wie vor nicht erkennen können, wo Vorteile liegen. Das ist nicht gelungen, auch wenn sich viele angestrengt haben, das anders zu kommunizieren. Ich frage mich: Sind die Beteiligten alle nicht des Lesens fähig? Verstehen sie es nicht? Ist dieser Komplex so schwierig? Warum befürchten Eltern abnehmende Qualität? Warum befürchten Erzieherinnen, dass sie demnächst in einer dann noch existenten Gruppe mit weniger Fachkräften sitzen? Ziehen sie sich das aus den Fingern, oder können sie schlecht rechnen?

(Zurufe von der CDU)

- Weil wir Sie aufgehetzt haben, ist klar, weil wir es falsch erklärt haben. Das war Ihre Leistung, das war Ihre Bringschuld. Das haben Sie offenkundig nicht klarmachen können. Darauf möchte ich dringend hinweisen. Es fällt mir schwer - ich möchte mich daran halten -, ohne Polemik zu sprechen, wenn hier aus 150 Millionen - das müssen wir hier nicht alles noch einmal wiederholen - auf einmal 250 Millionen werden. Welchen Zeitraum meinen Sie denn, Herr Witzel. Ich weiß es nicht.

(Ralf Witzel [FDP]: Drei Jahre!)

- Ach so, das hört sich ganz anders an.

Frau Kastner, Sie haben völlig richtig gesagt: Es wurden sehr viele Ziele des Kinderbildungsgesetzes in der Anhörung begrüßt. Es wurde aber in so gut wie jeder Stellungnahme gesagt, dass die Ziele mit dem, wie Sie es im Einzelnen formulieren, und mit der finanziellen Ausstattung, wie Sie sie vorsehen, nicht umsetzbar sind.

Wie gesagt, wir sind sehr gespannt auf das, was da an Mehr kommen wird, zum Beispiel hinsichtlich eines besseren Bildungsbegriffs. Ich möchte noch einmal aus der Stellungnahme der Bertelsmann Stiftung zitieren, in der es heißt: Dem Kinderbildungsgesetz fehlt eine entsprechende pädagogische Grundsatzbestimmung. Es wird keine Verbindung zur Bildungsvereinbarung NRW gezogen. Da können Sie zehn Mal sagen, dass das mit der Sprachförderung eine neue Errungenschaft ist und dass das auch bisher gemacht worden ist, aber jetzt besser möglich ist.

Ich zitiere weiter: Der weitreichende Auftrag des Kindergartens im GTK wurde gestrichen. Die Bertelsmann Stiftung empfiehlt, eine Bestimmung voranzustellen und durch einen klaren Bezug zur Bildungsvereinbarung NRW zu ergänzen. Ich habe gute Hoffnung, dass auch das in Ihre Überlegungen einfließt, um das schlicht inhaltlich auf eine bessere Basis zu stellen.

Der neue Vorschlag der Spitzenverbände, der jetzt schon mehrfach in Rede stand, ist sehr begrüßenswert und verantwortungsvoll. Ich bitte herzlich darum, dass das in Gänze wahrgenommen wird. Es handelt sich um einen Vorschlag zu einer Verbesse-

rung der Finanzierung. Ich drücke das einmal so verkürzt aus. In der Pressemitteilung der LIGA kann man nachlesen, dass in einer zusammenfassenden Bewertung dieser Anhörung festgestellt wird, dass insgesamt eine Vielzahl kritischer Aspekte genannt wurde, die die Notwendigkeit einer umfassenden Überarbeitung des vorliegenden Gesetzentwurfes belegen. Es geht nicht ausschließlich um die Finanzierung, auch darum. Aber Sie werden diese Pressemitteilung alle kennen. Ich bitte, diese Stellungnahme in Gänze wahrzunehmen. Auch da habe ich die Hoffnung, dass das in Gänze in Ihre Änderungsüberlegungen einfließt unter zahlreichen Stichworten, die noch einmal genannt sind.

**Ursula Doppmeier (CDU):** Meine Damen und Herren! Lassen Sie uns gucken, was wäre, wenn wir es beim GTK lassen würden! Sie tun immer so, als hätten wir dann so eine heile Welt. Dann bräuchten wir die Aufregung und all das nicht.

Wie der Minister schon sagte: Wir haben im Jahre 2010 67.400 Kinder weniger. Das würde bedeuten, alles beim Alten gelassen, im Jahre 2010 würden 2.700 Gruppen geschlossen. Alle Erzieherinnen können nachrechnen, wie viele Stellen für sie dann wegfielen. Das heißt, hier war dringender Handlungsbedarf für uns. Wir haben ja nur ein geringes Angebot der U 3-Betreuung. Wir haben gesagt, dass wir das extrem ausbauen, um das Weniger an Kindern wieder aufzufangen und auch die sonst wegfallenden Stellen. Das ist die neue „Denke“ des Gesetzes. Wir sagen: Wir wollen den Eltern mehr Flexibilität anbieten. Das heißt, es ist nicht wie früher, als ich meinen Kindertagesplatz hatte. Es war vollkommen egal, ob ich mein Kind vormittags oder nachmittags oder zu beiden Zeiten brachte. Es war immer das Gleiche. Ich hatte auch das Gleiche zu zahlen.

Ob ich nun ein Angebot voll oder nur zu 50 % in Anspruch nahm; ich habe immer das Gleiche gezahlt. Das heißt, auch hier gab es eine Benachteiligung der Eltern. Darum haben wir eindeutig gesagt: Wir stellen die Bedürfnisse der Eltern, gerade auch mit Blick auf die Vereinbarkeit von Familie und Beruf in den Vordergrund und sagen: Bitte, ihr als Eltern entscheidet, was ist dann buchen möchten.

Es würde schon mehrfach gesagt: Sie machen jetzt allen möglichen Leuten Angst und sagen: Das geht nicht. Ich kann doch nicht von jeder Tagesstätte verlangen, dass sie sowohl 25, 35, 45 Stunden öffnet. Auch das haben wir eindeutig gesagt. Es wird ein Übereinkommen der Jugendhilfe mit den Trägern vor Ort geben, egal, ob sie ein Stadtjugendamt oder Kreisjugendamt haben. Da wird dann sehr differenziert geguckt, welche Einrichtung was anbieten kann. Das heißt, Sie haben nicht in jeder Einrichtung alles anzubieten. Vergleichen Sie das einmal mit dem Ladenöffnungsgesetz! Da ist es genauso.

Wenn ich morgens um halb sieben irgendwo hin will und etwas zu essen holen möchte, dann weiß ich auch, dass ich zu einem anderen Laden gehen muss als um 20 Uhr. Genauso werden wir auch einen Wettbewerb der Tagesstätten untereinander haben. Daraus können Sie ersehen, dass die Angst, dass die Gruppen voll gekloppt würden, ins Leere läuft. Wenn Eltern nämlich aussuchen können, sehr differenziert gucken, was die einzelnen Tagesstätte anbietet, dann wird es sich eine Tagesstätte beziehungsweise ein Träger sehr genau überlegen, ob er Gruppen mit 30 Kindern

anbietet. Dann fragen Eltern: Was bekomme ich da für ein Angebot, verglichen mit einem anderen Angebot in meiner Kommune. Dann nehme ich doch das, bei dem ich eine viel positivere Bilanz zwischen Betreuerinnen und Kindern habe. Der neue Gedanke des Wettbewerbs ist sicherlich darin. Dem muss man sich stellen. Wir sind der Meinung, dass es wichtig für die einzelnen Träger ist, dass wir nicht generell festlegen, welches sozialpädagogische Profil sie haben müssen. Sie müssen die Möglichkeit haben, ihr eigenes Profil zu entwickeln, ihre eigenen Schwerpunkte darzustellen. Das heißt, es ist ein völliges Umdenken gegenüber früher, als von oben vorgegeben wurde. Wir sagen: Wir möchten die Individualität mehr auf der kommunalen Ebene. Sie müssen sich in diesen Gedanken eindenken. Sie werden sehen: Das ist das, was nachher besser bei den Eltern ankommt.

Wenn ich höre, der Bildungsauftrag werde zurückgenommen, dann trifft das in keinem Fall zu. Es werden sowohl die sozialen und kulturellen Fähigkeiten und Kompetenzen im Gesetz dargelegt. Natürlich legen wir den Schwerpunkt auf die Sprachförderung. Denn das ist gerade das, was bisher als Manko festgestellt worden ist. Wir hätten nicht die großen Probleme in den Schulen, wenn das schon bisher erfolgreich gelaufen wäre. Damit es noch erfolgreicher laufen kann, geben wir vom Land her Geld. Natürlich können Sie immer mehr fordern.

Frau Bainski von der RAA sagt auch ganz klar auf die Frage von Frau Asch mit den 340 € pro Kind: Ja, natürlich kann man immer mehr Geld gebrauchen. Ich sage trotzdem: 350 € pro Kind ist eine gute Grundlage, um eine spezifische zusätzliche Förderung sinnvoll durchzuführen. Das zeigt, dass diese Dinge in den Vordergrund gestellt werden.

In den letzten Wochen - ich habe es in vielen Veranstaltungen erlebt, wenn ich vor Ort mit den Betroffenen diskutiere - wurde eine Angst hervorgerufen, die in keiner Weise den Buchstaben des Gesetzes entspricht. Frau Asch, genau, was der Minister gerade gesagt hat: Es gibt keine Deckelung, egal, ob ich 25, 35 oder 45 Stunden buche. Auch wenn ich in einer Stadt nur Eltern habe, die 45 Stunden buchen, dann ist das auch möglich. Dann werden wir das als Land auch finanzieren.

Wenn ich durchs Land gehe und Angst mache, dann ist es kein Wunder, dass dieses bei den Menschen zur Unruhe führt. Ich brauche dann immer jede Menge Zeit, um diese falschen Informationen, die Sie gegeben haben, richtig zu rücken. Im Endeffekt kann es nicht der Gang einer demokratischen Sache sein, was Sie hier vorgeben.

Lassen Sie mich noch zum Thema Ausweitung der Gruppen etwas sagen. Es ist dringend notwendig, dass wir unter dem Thema Vereinbarkeit Familie und Beruf größere Angebote geben. Wenn Sie die Angst schüren, die Eltern würden sehr wenig buchen, weshalb die Erzieherinnen den Arbeitsplatz verlieren würden, dann schauen Sie sich bitte die Statistik an. Dann sehen Sie, dass im Juni 2006, verglichen zu Juni 2007, 62.630 Frauen mehr einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz haben. Nehmen wir die Hälfte davon, 30.000 sind Mütter. Diese 30.000 brauchen ein Angebot an Kinderbetreuung. Schon da wird die Nachfrage größer.

Wenn Sie sich im Lande umhören, dann ist es so, dass viele Eltern da stehen und sagen: Ich habe Probleme, ich finde keinen Platz für mehr Zweijähriges, obwohl ich

dringend in meinen Beruf hinein möchte. Mit dem KiBiz haben wir die große Chance, dass wir sagen: Ab nächstes Jahr haben wir 34.000 Plätze für euch, das Jahr darauf wird es noch einmal verdoppelt. Was wir damit nicht abdecken, können wir dann mit der Kindertagespflege abdecken. Da muss man gucken: Wie sind die wirtschaftlichen Zahlen? Die wirtschaftlichen Zahlen sind, Gott sei Dank!, so, dass immer mehr Frauen auch einen Arbeitsplatz finden und immer mehr Familien sagen: Gut, wir haben jetzt eine Arbeitsbedingung, die für uns positiv ist. Aber es fehlt das, was für die Kinder da ist. Genau das machen wir mit dem neuen KiBiz.

Ich denke, im nächsten Jahr wird es so sein - hoch haben viele die Sorge, dass sie keinen Arbeitsplatz bekommen -, dass wir Erzieherinnen suchen, weil die Buchungszahlen explodieren. Das sollten Sie auch einmal in einer positiven Linie sehen.

**Britta Altenkamp (SPD):** Frau Doppmeier, zu dem Wortbeitrag von Ihnen gäbe es wirklich eine ganze Menge zu sagen. Aber Eines erscheint mir wichtig zu sein.

Sie haben es gesagt, der Minister hat es anders formuliert. Der Minister hat gesagt: Wenn alle 45 Stunden buchen, dann ist das durch das Gesetz gedeckt. Das verstehe ich sehr wohl. In Ihrem Gesetzentwurf steht drin - das würde ich auch unterschreiben -, dass für den Fall, dass sich herausstellen sollte, dass das, was im Haushalt an Mitteln bereitgestellt wird, möglicherweise nicht mit dem Buchungsverhalten übereinander zu bringen ist, der Finanzminister, die oberste Landesjugendbehörde, also Ihr Haus, und die kommunalen Spitzenverbände sich zusammensetzen und eine Vereinbarung treffen können. Das ist das, von dem Sie meinen, dass das Gesetz das deckt.

Frau Doppmeier hat gesagt, dass das für sie bedeutet, dass dann auch mehr Mittel substantiell bereitgestellt werden, das heißt, dass das das Ergebnis dieser Vereinbarung sein muss. Da steht nur drin, dass eine Vereinbarung getroffen wird. Ob die Vereinbarung tatsächlich heißt, dass mehr Geld zur Verfügung gestellt wird, das bleibt noch abzuwarten. Warum bleibt es abzuwarten? Weil die kommunalen Spitzenverbände, insbesondere der Deutsche Städtetag, aber auch der Städte- und Gemeindebund sehr viele Kommunen vertreten, die in Haushaltsnotlagen sind. Sie sind in der Situation, dass sie sich nebenbei immer auch mit der Kommunalaufsicht dankenswerterweise über die Frage auseinandersetzen müssen, wie sie es zum Beispiel mit der Kindergartenfinanzierung halten, die leider immer noch eine freiwillige Aufgabe ist und vor dem Hintergrund an der Stelle sehen müssen, wie sie es mit der Elternbeitragssatzung halten.

Damit bin ich bei dem für mich substantiell wichtigsten Punkt, der bei der Anhörung deutlich geworden ist, über den Sie immer so hinwegfegen. Bei der Anhörung ist klargemacht worden, dass Ihr Vorgriff der Änderungen im GTK zu der Frage der Elternbeitragssatzungsfreiheit der Kommunen dazu geführt hat, dass das, was Ihnen die Oppositionsfractionen gesagt haben, was passieren wird, eingetreten ist, dass insbesondere in Kommunen mit Haushaltsnotlagen Elternbeitragssatzungen verändert, die Eltern stärker belastet worden sind. Selbst wenn man sich um noch so gerechte Lösungen gekümmert hat, sind Eltern stärker belastet worden. Trotzdem

konnten die 19 % nicht erreicht werden. Damit stehen weitere Satzungsdiskussionen und Änderungen bevor. Möglicherweise stehen deshalb auch Erhöhungen bevor.

Nun ist heute im „Kölner Stadt-Anzeiger“ zu lesen, dass Sie planen, finanzschwache Kommunen vom Zwang zu befreien, Elternbeiträge für Kindergärten zu erhöhen. Kann man davon ausgehen, dass Sie nächste Woche vorschlagen werden, den Vorschlag von der LAGF zu übernehmen, einen Elternbeitragsdefizitausgleich einzuführen. Oder wird es so sein, dass Sie versuchen werden, finanzschwachen Kommunen zu helfen und damit Eltern zu helfen, weil Sie erkannt haben, dass sich die 19 %, die Sie im KiBiz aufgenommen haben, ohne einen Elternbeitragsdefizitausgleich oder einen Ausgleich für Kommunen und Eltern, die in finanzschwachen Kommunen leben, letztlich so auswirken werden, dass sie mehr belastet werden? Können wir davon ausgehen, dass Sie diese Fragestellung in Ihren Änderungen aufnehmen werden und dass Sie da etwas tun werden? Das ist nämlich ein sehr wichtiger Punkt.

Dieser Punkt führt dazu, dass die Schere zwischen Kindern, die in finanzschwachen Kommunen leben, und Kindern, die in Kommunen leben, in denen das Steueraufkommen ein wesentlich Größeres ist - das betrifft die Chancen, die diese Kinder haben, überhaupt am Bildungssystem teilzunehmen -, immer weiter auseinander geht. Können wir davon ausgehen, dass das ein Teil Ihrer Änderungsvorschläge sein wird? Ich will das sehr hoffen. Das war ein erheblich wichtiger Punkt, der bei der Anhörung herausgekommen ist. Kann das heißen, dass der Erkenntnisgewinn aus der Anhörung zu diesem Punkt bei Ihnen endlich angekommen ist, nach anderthalb Jahren Diskussion, in der Sie immer behauptet haben: Es ändert sich überhaupt nichts? Das ist der eine Punkt.

Der zweite Punkt, der mir wichtig ist: Wir wollen mit der Spiegelfechtereier aufhören. Seit über drei Wochen liegt ein Vorschlag der LAGF und der Landesarbeitsgemeinschaft der Wohlfahrtsverbände vor. Sie tun heute so, als wenn wir bis nächste Woche warten sollten, ob endlich weißer Rauch aufsteigt, das heißt, dass Sie dann signalisieren, was Sie sich davon zu Eigen machen. Ich sage: Vorsicht an der Bahnsteigkante! Wenn ich den Vorschlag der LAGF richtig verstanden habe, dann ist es so, dass man da nicht rosinenpickermäßig drangehen kann: Das tun wir, das tun wir nicht. Das Andere machen wir nicht. Das kriegen wir nicht finanziert. Es handelt sich schon um ein geschlossenes Konzept, und zwar auch um Fragestellungen, die über Finanzierungen hinausgehen.

Vor dem Hintergrund möchte ich von Ihnen heute wissen: Welchen Vorschlag machen Sie sich zu Eigen? Können wir hoffen, dass Sie vielleicht noch einmal mit einem ganz eigenen Vorschlag kommen, der möglicherweise noch stärker in Richtung Konsensvorschlag und gruppenorientierter Pauschale geht.

Damit es klar ist, Frau Doppmeier: Hier sitzt niemand im Saal, in diesem Ausschuss, auch von den Sozialdemokraten niemand, der jemals die Diskussion um das GTK nach dem Motto angefangen hat: Wir lassen das GTK, so wie es ist. Ich möchte daran erinnern, dass ich schon vor über zwei Jahren gesagt habe: Auch wir Sozialdemokraten sind der Auffassung, dass das GTK geändert werden muss und dass wir Änderungen vornehmen müssen. Vor diesem Hintergrund will hier niemand zurück

zum GTK und sagen: Augen zu und durch! Sie wollen Augen zu und durch zum KiBiz.

Sie waren nicht in der Lage, sich vorzustellen, wie man das GTK verändern müsste und haben deshalb schnell ein „schlampiges“ Gesetz vorgelegt. Das ist der Unterschied zwischen uns.

Ich möchte Ihnen noch einmal sagen, was auch in Anhörung deutlich geworden ist, was Sie dringend ändern müssen. Der eine Punkt ist, dass Sie weg müssen von den reinen kindorientierten Pauschalen. Sie führen nicht nur zu einer Verunsicherung, sondern sie werden dazu führen, dass Sie Plätze verlieren, weil Träger das nicht überstehen werden.

(Minister Armin Laschet: Das ist Konsens!)

Nehmen Sie den Hinweis des Vertreters der Elterninitiativen ernst, der Ihnen gesagt hat: Sie müssen insbesondere die Finanzierungsstruktur hinsichtlich kleiner Träger und Elterninitiativen verändern, weil die sonst „auf die Bretter“ gehen. Sie schaffen es nicht. Vereinsvorsitzende haften mit ihrem persönlichen Vermögen. Können Sie mir einmal erklären, wie sie diese Planungsunsicherheit, die Sie mit diesem Gesetz schaffen, schultern sollen? Vor dem Hintergrund bitte ich Sie: Schauen Sie in die Anhörungsergebnisse und ändern Sie das noch einmal!

Ein wichtiger Punkt ist: Sie müssen die Auszubildenden finanzieren. Sie müssen Hinweise geben, wie Auszubildende finanziert werden sollen, weil wir ansonsten in fünf, sechs Jahren keine Auszubildenden mehr in dem Beruf haben. Wir sind uns aber alle einig, dass es ein Berufsfeld ist, das Zukunft hat. Vor dem Hintergrund müssen Auszubildende auch finanziert werden, weil sonst nur noch wenige, sehr große finanzstarke Träger überhaupt in der Lage sind, in einer einigermaßen annehmbaren Zahl Auszubildende, Berufspraktikanten zu beschäftigen.

Ein wichtiger Punkt: Schauen Sie auch da in die Anhörung, Punkt Förderung von integrativer Arbeit. Das, was das KiBiz da vorlegt, ist - wir erkennen das an - das Bemühen zu versuchen, in einer neuen Finanzierungsstruktur die integrative Arbeit einigermaßen sicherzustellen. Der Punkt ist: Sie kommen zu einer integrativen Arbeit, die wieder auf das einzelne Kind bezogen ist. In der Zwischenzeit hat es eine Bewegung in der Szene gegeben, die sehr stark auf integrative Gruppen orientiert war. Sie werden es möglicherweise erleben, dass wir mehr Schwerpunkteinrichtungen haben, in denen behinderte Kinder Betreuung, Begleitung erfahren und in anderen Einrichtungen die weniger behinderten Kinder sind, die mit weniger Schwierigkeiten unterkommen. Das kann es nicht sein. Wir wollen doch nicht die behinderten Kinder in Einrichtungen zusammenfassen, um die integrative Gruppenorientierung abzuschaffen. Vor dem Hintergrund: Schauen Sie sich die Hinweise in der Anhörung an! Auch das ist ein wichtiger Punkt, der noch geändert werden muss.

Wir haben uns gemeinsam auf den Weg verständigt, dass Ende Oktober - das war Ihnen wichtig - das KiBiz verabschiedet werden soll. Jetzt stellt sich möglicherweise heraus, dass es ein Hoppla-hopp-Verfahren gibt, bei dem man es im Prinzip kaum mehr schafft, Sie es vor allem nicht schaffen, die Öffentlichkeit davon zu überzeugen, dass sie aus einer - wie ich finde - desaströs verlaufenden Diskussion irgendwie das

Gute herausholen. Es wird Ihnen - davon bin ich überzeugt - innerhalb der nächsten 14 Tage nicht mehr gelingen, dass Sie wirklich noch die Kurve bekommen.

Warum nehmen Sie das Angebot des Ministers nicht auf, der sagt: Wenn es noch ein halbes Jahr dauert, dann hätte ich das auch gemacht. Warum machen Sie das dann nicht? Wir bieten Ihnen an: Beschließen wir in der dritten Lesung im November! Dann haben Sie wenigstens noch die Möglichkeit, hinsichtlich der Konsistenz der Vorschläge, die Sie machen, zu gucken, ob sie tatsächlich in der Landschaft ankommen oder nicht. Das scheint mir ein wichtiger Punkt zu sein. Wir haben uns darauf verständigt. Ich stehe dazu. Sie können das übernächste Woche in der zweiten Lesung - vielleicht brauchen wir keine dritte Lesung - im Plenum verabschieden, wenn Sie es wollen. Ich sage Ihnen Eines: Es wird Ihnen dann nicht mehr gelingen zu zeigen, dass Sie aus dem gelernt haben, was Sie in der Anhörung an Hinweisen bekommen haben.

Vor dem Hintergrund kann ich Ihnen sagen: Vor sechs Monaten habe ich angekündigt, dass der Minister einen heißen Herbst kriegen wird, wenn es das KiBiz so vorlegt. Jetzt muss ich, was die Sachkunde und die Szenerie betrifft, wie dieses Gesetz im Land aufgenommen wird, sagen: An der Stelle habe ich Recht gehabt. Der Minister hat einen heißen Herbst, und Sie haben einen heißen Herbst. Sehen Sie zu, dass Sie da halbwegs vernünftig herauskommen und nicht noch schlimmeren Schaden in der Landschaft anrichten, wie Sie das bisher schon geschafft haben.

**Christian Lindner (FDP):** Meine Damen und Herren! Wenn man eines aus meiner Sicht sagen kann, dann ist es, dass dieses Gesetzesverfahren nicht in einem Hoppla-hopp-Verfahren abgewickelt wird. Das kann man nun wirklich nicht sagen. Vielen Dank, Frau Asch, dass Sie das auch bestätigen.

Mir ist - ich mache ja auch nicht erst seit gestern hier Politik - ist in den vergangenen siebeneinhalb Jahren nicht ein einziges Gesetzgebungsverfahren in Erinnerung, dass in dieser Weise intensiv auch mit denjenigen, die fachlich sachverständig sind, rückgekoppelt worden ist. Kein einziges Verfahren ist mir bekannt. Insofern ist nichts an diesem Verfahren hoppla-hopp! Hoppla-hopp! ging es im Übrigen im Deutschen Bundestag beim Alterseinkünftegesetz von Rot-Grün zu. Da sind am Vormittag 500 Seiten Änderungsanträge an die Fachpolitiker zugestellt worden. Am Nachmittag wurden sie beschlossen. Das ist hoppla-hopp! Wenn wir uns vier Wochen bemühen, eine Auswertung der Anhörung vorzunehmen, Vorschläge, die unterbreitet worden sind, zu prüfen, dann unterziehen wir uns einer Mühe. Ich darf Ihnen sagen, wir sind in der Lage, vergleichsweise schnell und gründlich zu sein.

Was wir aber tun müssen - das kann uns niemand abnehmen -, auch kein neues Anhörungsverfahren, ist, zu unterscheiden, was wünschbar und was machbar ist. Wir, beide Koalitionsfraktionen, haben immer gesagt: Wir sind offen für Verbesserungsvorschläge aus der Praxis. Allerdings erreichen uns auch wohlgemeinte und durchaus auch fundierte Vorschläge, die vielleicht nicht dem Praxistest standhalten. Ich möchte das an einem Beispiel deutlich machen. Wir hatten in der Anhörung einen Vertreter einer Elterninitiative aus Bonn, der unter anderem auch die Sprachförderung moniert hat. Er hat mich beim Wort genommen. Er hat mir geschrieben: Herr

Lindner, Sei haben immer gesagt, Sie sind offen für Anregungen aus der Praxis. Es gibt noch Veränderungsmöglichkeiten. Ich unterbreite Ihnen zur Sprachförderung einen fundierten Vorschlag. Das war ein mehrseitiges Schreiben. Es wurde dargelegt: Das und das brauchen wir, müssten wir tun, um alle Kinder sprachlich zu unterweisen. Diese und jene Personalkapazitäten brauchen wir. Unterm Strich brauchen wir 1.500 € pro Kind und Jahr statt der 340 €. Ein fundierter, guter Vorschlag! Das ist aber leider nur eine Wunschvorstellung, denn das Ganze kostet unterm Strich 110 Millionen € fürs Land mehr, würden wir uns diesen Vorschlag zu Eigen machen. Es ist also kein Vorschlag, so wünschenswert er ist, der machbar ist.

Da unterscheidet sich Regierungshandeln von der „billigen“ Polemik, insbesondere der Grünen. Ich nehme hier ausdrücklich die Sozialdemokraten aus. Da gibt es in der Sache Unterschiede und eine kontroverse Bewertung. Immerhin hat die SPD auch eigene Vorschläge gemacht und eigene Wegweisungen vorgenommen, was sie anders machen würde, übrigens auch damals in Regierungsverantwortung.

Die Grünen konzentrieren sich in kleiner parteipolitischer Münze nur auf Kritik. Sie haben nicht einen einzigen konkreten Vorschlag unterbreitet, was sie tun wollen. Frau Asch, das ist deshalb verantwortungslos, weil Ihre Fraktion wie auch die frühere Landesregierung konkrete Vorhaben schon sondiert hat. Ich nenne ein paar Stichworte: demografischer Faktor im Kindergartenbereich, Demografiegewinne abschöpfen. Das war ein Kabinettsbeschluss der Vorgängerregierung. Ich nenne das Stichwort Flatträgeranteil, 10 % Eigenanteil bei den Elterninitiativen. Das war ein Kabinettsbeschluss, zumindest ein Arbeitspapier. Ich sage Orientierung der Elternbeiträge analog auf eine Ganztagschule, das heißt Kommunalisierung ohne Beitragsdefizit ausgleich. Das hat sich sogar noch in Papieren der grünen Landtagsfraktion in der letzten Wahlperiode wiedergefunden.

Jetzt so verantwortungslos, nahezu scheinheilig zu tun, das alles hätte es nicht gegeben, und Sie müssten keine eigenen Vorschläge machen, das ist schon ein bisschen billig.

Ich fahre fort. Frau Asch, ich bitte um Nachsicht, dass ich mich an Sie wenden muss. Ich meine das nicht persönlich. Sie wissen, dass ich durchaus kollegial sein kann.

(Heiterkeit)

Bei einem Punkt haben Sie mich eben persönlich getroffen, als Sie nämlich gesagt haben: Ja, da gibt es jetzt 32 Varianten der Pauschalen. Das ist große Bürokratie, weil in der Einrichtung geschaut werden muss, welche Pauschale wie realisiert werden soll. Frau Asch, ich frage Sie: Sind Sie tatsächlich fachlich der Auffassung, dass jeder Wunsch von Eltern nach Buchungszeit und nach einem Platz in einer Einrichtung befriedigt werden muss und insofern die Einrichtung Bürokratieprobleme bekommt, oder glauben Sie nicht auch, dass es eine Jugendhilfeplanung gibt, die mit den Einrichtungen verabredet, was in ihr überhaupt nur gebucht werden kann? Das ist nämlich die entscheidende Frage.

Wenn Sie tatsächlich den Eindruck erwecken wollen, jede Einrichtung müsste jeden Platz anbieten, dann ist das böse, weil Sie den Einrichtungen eine Hürde auferlegen, die sie nie erfüllen können und die auch von uns nicht gemeint ist.

Es wird eine Jugendhilfeplanung geben wie bisher. Im Übrigen war es bislang so, dass es Quoten gab. Es war nicht möglich, dass jeder mit jedem Buchungswunsch bei jeder Einrichtung einen Platz bekommen hätte. Da gab es auch Einrichtungen, die haben gesagt: Nein, wir haben keine kleine Altersmischung. Sie müssen woanders hingehen.

(Zuruf)

- Wie war es denn bisher? Die Frage ist: An was nimmt man Maß? Nehmen Sie Maß an einer Vision des Wünschbaren, an einer Welt der grünen Insel, oder nehmen Sie Maß an dem, was vorher war? Wenn Sie das tun, stellen Sie fest: Da gab es Quoten, da gab es Jugendhilfeplanungen. Genauso wird es in Zukunft auch in den Kommunen eine gewisse Jugendhilfeplanung geben müssen. Es wird sie nach diesem Gesetz geben. Alle anderen, die bei öffentlichen Veranstaltungen Anderes behaupten, sind böartig und haben nicht das Ziel aufzuklären, sondern „zuzuklären“, um aus einsichtigen, aber nicht ehrenhaften Motiven heraus Vorteile zu beziehen.

Wir scheuen die Mühe nicht - das Gespräch innerhalb der Koalition dauert noch an -, aus den zahlreichen Anhörungen die Punkte heraus zu destillieren, die wir wirklich umsetzen können und die das Gesetz besser machen. Es ist für uns deshalb auch keine leichte Aufgabe, weil es Interessensunterschiede etwa zwischen Trägern, zwischen Trägern und Kommunen, zwischen Trägervertretern und Beschäftigten, zwischen Eltern gibt. Es ist nicht so, dass das ein monolithischer Block wäre: die Betroffenen und die Politik. So ist es nicht.

Ich will nur ein Beispiel nennen. Nehmen Sie die Leitungsfreistellungen: Die viergruppige Einrichtung, die jetzt noch eine achtzigprozentige Freistellung hat, keine hundertprozentige, beklagt sich über die Veränderung der Leitungsfreistellungen. Die kleine Einrichtung, die aber erstmals eine Leitungsfreistellung bekommt, profitiert also. So etwas gibt es ja. Die Leitungsfreistellungen werden jetzt an der Gruppe orientiert. Die Einrichtung, die erstmals eine anteilige Leitungsfreistellung ermöglichen kann, schweigt dazu. Die findet dann etwas anderes, was ihr nicht gefällt. Das zeigt aber, wie schwierig dieser Diskussionsprozess ist, weil auch die Betroffenen eben in Wahrheit und im Detail nicht immer einer Meinung sein können, da es Interessensunterschiede gibt.

Deshalb gibt es keine Alternative zu einer politischen Bewertung und zu einer politischen Entscheidung. Diesen Mut, in solchen Fällen zu entscheiden, haben wir, im Gegensatz zu Ihnen. Sie wollten schon im Jahr 2004 das GTK verändern.

(Wolfgang Jörg [SPD]: Stimmt doch nicht!)

- Doch, Wolfgang. Ihr wolltet das Gesetz ändern.

(Zurufe)

- Darf ich zu Ende erklären, damit Ihr wisst, wogegen Ihr protestiert? - Ihr protestiert doch schon, bevor ich etwas gesagt habe. Wolfgang, so weißt Du doch gar nicht, worauf ich hinaus will.

Im Jahr 2004 habt Ihr gesagt: Wir wollen das GTK verändern. - Ihr habt es dann aber nicht gemacht, wie Britta Altenkamp immer zu Recht sagt. Ich sage auch, warum Ihr es nicht gemacht habt.

Sozialdemokraten und Grüne haben das nicht gemacht, weil sie nicht den Mut hatten, die Interessenunterschiede, die es in der Landschaft gibt, politisch auszuhalten und dann zu entscheiden. Diesen Mut haben wir, weil wir in diesem Land gestalten wollen und weil wir eine Verantwortung gegenüber Kindern und Eltern haben. Wir können es uns nicht erlauben, länger mit der GTK-Novelle zu warten, weil wir mehr Plätze etwa für U 3 brauchen. Wir haben nicht noch ein Jahr Zeit für Diskussionen. Wir müssen jetzt entscheiden. Die Grundlage dafür ist nach diesem intensiven Verfahren vorhanden.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Herr Lindner und Herr Laschet, Sie verfahren ja in bester Manier: Angriff ist die beste Verteidigung.

Ich möchte aber noch einmal darauf hinweisen, dass wir nicht über vergangene Jahre zu reden haben, und ich will Sie darauf aufmerksam machen, dass Sie jetzt in der Regierungsverantwortung stehen. Sie haben jetzt die Verantwortung. Offenbar haben Sie das immer noch nicht wirklich verstanden. Sie sind jetzt an der Stelle, ein geeignetes Gesetz vorzulegen.

Herr Lindner, wenn Sie sagen, es sei hohe Zeit und es sei längst überfällig, warum lassen Sie dann dieses Gesetz über anderthalb Jahre in der Beratung und konfrontieren uns nächste Woche mit irgendwelchen Veränderungsvorschlägen? Das ist verstrichene Zeit. Es sind anderthalb Jahre verloren gegangen, um ein geeignetes Gesetz auf den Tisch zu legen. Statt in den Schubladen zu wühlen, um irgendwelche Papiere der Fraktion der Grünen zu suchen, die einmal Diskussionsgrundlage waren, die aber verworfen wurden - das ist der Unterschied -, die nicht zum Fraktionsbeschluss erhoben worden sind, machen Sie lieber Ihre Hausaufgaben.

Der Minister hat eben gesagt - vielleicht liegt es daran, dass er, statt die 170 Seiten des Protokolls zu lesen; er hat gesagt, er hätte nur 107 Seiten gelesen; das Protokoll umfasst aber 170 Seiten -, dieses Gesetz sei im Konsens mit allen Trägern erstellt worden. Sie haben das in der Anhörung eindeutig gehört: Sowohl die kommunalen Spitzenverbände als auch die Freie Wohlfahrtspflege haben nachdrücklich darauf hingewiesen, dass das, was im Februar des Jahres im Konsens erzielt worden war, nicht in den Gesetzentwurf eingeflossen ist.

Sie müssten in Sack und Asche gehen, statt hier in den Angriff überzugehen, weil Sie es über diesen Zeitraum nicht geschafft haben, einen geeigneten Gesetzentwurf vorzulegen. Ich meine, allen Beteiligten, die hier sitzen, muss es wie Hohn in den Ohren klingen, vor allen Dingen den Erzieherinnen und Erziehern, den Familienverbänden und den Eltern, denen vorher von Ihnen versprochen wurde, sie würden beteiligt. Das Einvernehmen ist nämlich nicht nur mit den Trägern zu erzielen. Das Einvernehmen ist auch mit denjenigen zu erzielen, die hinterher das Gesetz auszubaden haben. Das ist nicht passiert.

Zu der Einlassung zur Sprachförderung: Wir haben das explizit in der Anhörung gehört. Jetzt hinzugehen, Herr Witzel, und zu sagen, es finde keine Sprachförderung in den Einrichtungen statt, verhöhnt alle Erzieherinnen, nicht nur diejenigen, die hier sitzen, sondern alle Erzieherinnen im Land, die das seit Jahren leisten. Sie verhöhnen die RAAen, die wir unter Rot-Grün übrigens eingestellt und finanziert haben. Jetzt kommen Sie her und überziehen das Land mit einem sehr zweifelhaften Sprachstandserhebungstest, zu dem irgendwelche Grundschullehrer eingeflogen werden, weil Sie dem Urteil der Erzieherinnen nicht vertrauen, von dem wir wissen, dass die Ergebnisse nicht valide, nicht reliabel sind, weil demnächst Kinder gefördert werden, die keine Förderung brauchen, und Kinder nicht gefördert werden, die Förderung nötig haben.

Dann haben Sie noch nicht einmal ein geeignetes Förderinstrument. Ich habe den Antrag in der letzten Plenarsitzung gestellt. Sie haben es noch nicht einmal geschafft, ein geeignetes Förderinstrument zu entwickeln. Erst werden die Kinder durch die Tests „genudelt“, und hinterher haben Sie noch nicht einmal ein Instrument, wie Sie dann mit den Kindern mit Sprachdefiziten umgehen. Aber der Vorwurf, wir hätten da nicht genug gemacht - man kann immer mehr machen, das ist richtig -, geht nach hinten los.

Die kleine altersgemischte Gruppe ist eben noch einmal von Herrn Laschet angesprochen worden. Natürlich hat er die Einzelmeinung von Frau Stöbe-Blossey, die sich positiv gegen die Altersmischung ausgesprochen hat, zitiert. Es gab aber auch Herrn Dr. Strätz vom SPI, der explizit gesagt hat, dass es pädagogisch wünschenswert und förderlich ist für die Kinder, weiter in dieser Gruppenform betreut zu werden. Dann darf man auch eine solche Aussage nicht unterschlagen und sich nicht Einzelmeinungen herauspicken.

Im Grunde geht es aber vor allen Dingen nicht nur um die altersübergreifende Betreuung, sondern es geht um einen wesentlichen Punkt bei der Kritik, dass es die kleine altersgemischte Gruppe nicht mehr geben wird, weil nämlich zukünftig dieser hohe personelle Standard, den wir mit zwei Fachkräften und einer Ergänzungskraft haben, für die Kleinen nicht mehr zur Verfügung steht. Der Vorwurf lautet: Standardabbau. Den Standardabbau haben wir - das haben uns die Fachleute auch gesagt - auch bei den Zweijährigen, die statt, wie bisher, in der sehr guten Gruppenform kleine Altersmischung demnächst mit in der Standardkindergartengruppe mit 25 und mehr Kindern mitbetreut werden.

Was bleibt? - Sie können hier versuchen, sich herauszureden. Wir haben gehört, was uns die Fachleute gesagt haben. Sie können versuchen, sich die Welt schönzureden. Das geht an der Realität vorbei. Das gilt auch für diesen Vorwurf, der ewig kommt, wir hätten die Erzieherinnen und die ganze Landschaft aufgemischt. Halten Sie doch die Leute nicht für blöd. Die Leute können lesen, was im Gesetzentwurf steht. Die brauchen nicht unsere Agitation. Alle 40 Sachverständigen sozusagen von der Opposition aus einer Gehirnwäsche unterzogen zu haben, dieser Vorwurf ist schlicht absurd. Das wissen Sie auch.

Ich möchte noch auf ein Argument in Bezug auf die Kontingentierung der Betreuungszeiten eingehen: Wenn Sie nicht wollen, dass es, wie schwarz auf weiß nachzu-

lesen, diese Planungsdaten gibt: 25 % 25 Stunden, 50 % 35 Stunden, 25 % 45 Stunden, d. h. die Deckelung, dann nehmen Sie diese Anlage heraus. Dann nehmen Sie das aus diesem Gesetz heraus. Dann wissen alle, dass das nicht gewollt ist und dass es keine Deckelung geben soll in Bezug auf die Ganztagsplätze. Solange das hierin steht und solange es eine sehr „verschwimmelte“ Formulierung gibt, man werde sich noch einmal irgendwie zusammensetzen, ist das keine Sicherheit. Das ist keine Sicherheit für die Einrichtung. Das ist keine Planungssicherheit für die Eltern. Und es ist keine Sicherheit für die Kommunen, die letztendlich hinterher das finanzieren müssen, weil der Landeszuschuss fehlt. Wenn Sie das nicht wollen, dann nehmen Sie es bitte aus dem Gesetzentwurf heraus. Dann zeigen Sie uns, dass es so nicht gemeint ist.

Einen Punkt möchte ich noch aufgreifen, weil der wichtig ist. Wir können nicht alle Kritikpunkte heute diskutieren, sonst würden wir heute Abend noch hier sitzen, die in den zwei Tagen Anhörung formuliert wurden. Einen Kritikpunkt sollten Sie aber ernst nehmen, das ist die Kritik an den Familienzentren.

Es wurde Ihnen von allen, auch von den kommunalen Spitzenverbänden, die sich bei manchen Punkten, vor allen Dingen in ihren Abschlussbewertungen, jenseits dessen bewegt haben, was sie zu Einzelpunkten an Kritik doch vorgetragen haben, in Einigkeit gesagt, dass die Familienzentren unterfinanziert sind und dass das gesamte Gütesiegelverfahren unrechtmäßig ist. Das sollten Sie sich zu Herzen nehmen.

Die Familienzentren in der jetzigen Form taugen nicht, wie der Herr Laschet das immer macht, als Allzweckwaffe, um allen Anforderungen, die sich an eine Kindertagesstätte stellen, zu begegnen. Was die alles leisten sollen. Sie sollen die Sprachförderung durchführen, den Kinderschutz sichern, sie sollen die Integration von Kindern mit Migrationshintergrund leisten, sie sollen die Erziehungsberatung - darauf werden wir gleich noch kommen - mit koordinieren. Das ist eine Riesenaufgabe, die mit weniger Personal, wie wir wissen, erfüllt werden soll.

Die Sachverständigen haben Ihnen gesagt, wenn Sie das von den Einrichtungen erwarten, dann müssen Sie diese sehr viel besser finanziell ausstatten und dann müssen Sie vor allen Dingen diese unsägliche Regelung, die jetzt im Gesetz in Bezug auf Freistellung von Leitungen steht, die nämlich eine deutliche Verschlechterung bedeutet, in Bezug auf Freistellung für Vorbereitungs- und Nachbereitungszeit in den Gruppen für die pädagogische Arbeit, beseitigen und sie den sehr viel besseren Bedingungen GTK-Voraussetzungen angleichen. Dann wären die Ressourcen da. So wie der Gesetzentwurf jetzt aussieht, gibt es weniger Ressourcen. Das werden die Kinder zu spüren bekommen, für die nämlich letztendlich weniger Betreuungspersonal zur Verfügung steht.

Also es nützt Ihnen nichts. Reden Sie sich nicht raus. Schauen Sie sich die Meinungen der Sachverständigen an. Hören Sie auf diejenigen, die in dem Bereich arbeiten. Bessern Sie - es ist spät genug - deutlich nach!

Ich halte diesen Vorschlag, der jetzt auf dem Tisch liegt, für einen, der geeignet ist, den Trägern ein Stückchen mehr Sicherheit zu geben. Aber das Grundübel und den Grundfehler, nämlich die Kopfpauschale, beseitigt er nicht. Die Kopfpauschale ist so-

zusagen das schon falsch gelegte Fundament. Wenn beim Fundament Pfusch am Bau betrieben wird, dann wird auch eine Fassadenverzierung hinterher und eine leichte Verbesserung, indem man ein paar Balken einbaut, um das Gebäude zu stabilisieren, nicht helfen. Deswegen heißt es für uns im Klartext: Das halsstarrige Festhalten des Ministers an der Kopfpauschale führt dazu, dass auch nach Nachbesserungen daraus substantiell kein gutes Gesetz wird.

**Wolfgang Jörg (SPD):** Ich glaube, Frau Doppmeier hat in Ihrem Beitrag ziemlich exakt die Seelenlage der CDU wiedergegeben, vielleicht ein bisschen unbewusst. Sie hat sinngemäß gesagt: Die Opposition würde überall, wo sie hinkommt, die Leute auf die Bäume bringen und sie strubbelig machen. Man müsste da so viel erzählen, um das alles wieder einzufangen, weil das ja alles nicht stimmt. Der Minister sagt, wenn 15.000 Leute demonstrieren, das wären alles ver.di-Funktionäre.

Ich glaube, das ist Ihre kleine Sicht der Dinge auf die Welt. Es ist abenteuerlich, wie Sie den Leuten absprechen, eine eigene Meinung und Kompetenz zu haben, eine eigene Entwicklung zu gestalten, indem sie auf die Straße gehen, sich organisieren, sich mit dem Gesetzentwurf auseinandersetzen. Sie sind völlig auf dem Holzweg, wenn Sie glauben, das wäre eine von der Opposition inszenierte Kampagne. Ganz im Gegenteil: Wir haben da viele Geistesverwandte getroffen. Aber das war keine Organisation durch die Opposition.

Sie diskreditieren die Leute, die sich bei diesem Thema engagieren. Bei dem, was Sie an Kompromissbereitschaft signalisieren und was in einigen Punkten vielleicht in den nächsten Tagen noch zielführend zum Abschluss kommt, geht es nur um das Geld. Es geht nicht um das Anliegen der Leute, die auf der Straße waren. Sie sollten einmal zur Kenntnis nehmen, dass Ihre kleine Wirklichkeit der Realität nicht im Geringsten standhält.

Ich möchte noch einige inhaltliche Punkte ansprechen, weil die immer wieder auftauchen: Herr Witzel, selbstverständlich ist dies ein Spargesetz. Ich werde das immer wieder behaupten. Es ist ein Gesetz für den Finanzminister, für sonst keinen. Ich kann Ihnen das gleich bei der Haushaltsdebatte ganz einfach aufzeigen. Wenn nämlich insgesamt in den Beträgen nicht mehr drin ist als vorher, aber wenn die Aufgaben wachsen - U-3-Betreuung und weiß der Teufel was alles -, dann bleibt natürlich für die Kernaufgaben immer weniger Geld über. Das kann ich Ihnen bei den Haushaltsplanberatungen gleich noch einmal nachweisen. Es ist nicht mehr Geld im System, aber das System hat eine Menge mehr an Aufgaben.

Wer im letzten Jahr 170 Millionen € aus dem System der Kindergärten herauskürzt und jetzt 150 Millionen € hineinbuttert und sagt, das wäre ein Erfolg, der muss schon ganz schön durcheinander sein, um eine solche Mathematik zu verstehen. Sie können sich hier gegenseitig chlorophormieren, aber der Realität halten Sie mit Ihrer Argumentation nicht stand. Darum geht es.

Zur U-3-Betreuung: Es ist ein Bundesgesetz, das wir uns alle in diesem Hause gleichermaßen wünschen. Ich denke, darüber besteht wohl Einvernehmen, dass jetzt die Zeit gekommen ist, diese auszubauen. Wir waren in Nordrhein-Westfalen Schluss-

licht. Wenn man das aber einmal differenziert, dann kann ich Ihnen auf den Bänken der Regierung, insbesondere denen von der CDU, nur zurufen: Sie waren es doch, die jahrelang gesagt haben, Mutti gehört an den Herd. Sie waren es doch, die gesagt haben, Ganztags ist Mist. Sie waren es doch, die jahrzehntelang dagegen auf die Barrikaden gegangen sind. Jetzt stellen Sie sich hin und sagen: Gucken Sie sich einmal das Ergebnis an. - Was ist das denn für eine Argumentation?

Sehen wir uns die Gemengelage in Nordrhein-Westfalen an. Wo haben wir denn die größten Schwierigkeiten? Das sind doch nicht die von SPD und Grünen geführten Städte. Die haben eine relativ proper ausgebaute Situation. Es ist zwar nach dem Bedarf viel zu wenig, aber diese landesweit niedrigen Prozentzahlen kommen doch nur zustande, weil wir in der Peripherie, in den konservativ geführten Gegenden, null haben. Darum geht es doch. Fahren Sie mit mir über das Land. Das können wir gerne nachweisen.

Die U-3-Betreuung ist eine Bundesgesetzgebung, die wir in Nordrhein-Westfalen umsetzen müssen. Wenn Sie das gut machen wollen, sind wir an Ihrer Seite, gar keine Frage. Aber unter den Bedingungen, wie sie es jetzt organisieren, fehlt einfach das nötige Geld, um das vernünftig zu organisieren. Das müssen Sie im Haushalt schon einstellen, sonst finden Sie uns nicht an Ihrer Seite.

Die Einschätzung, dass weniger Kinder da sein werden, ist ja richtig. Das ist überhaupt gar keine Frage. Aber die Einschätzung, dass weniger Kinder im System sind, ist völlig falsch. Wir reden hier aber über das System der Kinderbetreuung. In dieses System werden zukünftig mehr Kinder kommen, weil wir es nach unten öffnen. Wir haben riesige Probleme, den vorhandenen Bedarf überhaupt zu decken. Es werden also mehr Kinder im System sein. Wir reden von der Finanzierung des Systems und nicht von der Finanzierung der weniger werdenden Kinder. Das System wird sich jahrelang eher noch auffüllen als abnehmen. Das wollen wir ja auch alle. Die Betreuungszeiten - die Bedarfe sind vorhanden - müssen nämlich erheblich ausgeweitet werden. Das U-3-System wird nach unten ja auch geöffnet. Es werden also mehr Kinder im System sein.

Sie haben aber weniger Geld für dieses System mit mehr Kindern. Darin besteht die Kürzung. Das ist das Problem. Sie haben keinen Pfennig mehr eingestellt, um die Probleme in den Griff zu bekommen und ihnen ernsthaft zu begegnen.

Zu den Beschäftigten: Sie gehen sehr leichtfertig mit der Situation der Erzieherinnen und Erzieher um. Ich habe gestern noch eine Demo in Herne besucht. Dort waren 1.000 Leute. Es waren kirchliche Träger. Politisch stehen die uns nicht ganz so nah. Die diskutieren jetzt darüber: Was machen wir mit dem Gesetz? Wir wissen nicht, wie die Eltern buchen werden. Wir haben Kündigungsfristen. Wir haben eine Situation, dass wir Angst haben, an dem Personal hängen zu bleiben.

Die unterhalten sich jetzt darüber, Änderungskündigungen auf Halbtags aussprechen zu wollen, dann zu sehen, wie die Eltern buchen, und Ergänzungen mit 400-Euro-Kräften und weiß der Teufel was vorzunehmen.

Das ist eine katastrophale Entwicklung, weil erhebliche Bewegung in diesen Berufsstand kommt. Vorhin ist das mit dem Einzelhandel gesagt worden. Das ist wirklich

vergleichbar. Der Berufsstand wird sich verändern, wenn das Gesetz so umgesetzt wird, ähnlich wie bei den Einzelhändlern vor 20 Jahren. Das ist eine Katastrophe. Jeder einigermaßen pädagogisch orientierte Mensch weiß, dass Kinder feste Bezugspersonen haben müssen, feste Ansprechpartner brauchen und keinen hohen Wechsel in der Einrichtung verkraften können.

Auch bei diesem Punkt sind Sie auf dem Holzweg. Ich erlebe aber, dass Sie diesen Argumenten überhaupt nicht zugänglich sind. Deshalb hoffe ich, dass andere noch etwas mehr erreichen können, als wir es mit unseren Argumenten tun, sodass vielleicht das eine oder andere noch verändert wird, um das Schlimmste zu verhindern, damit zumindest die Träger ein bisschen mehr Planungssicherheit bekommen. Aber die Substanz des Gesetzes geht in eine völlig falsche Richtung. Damit - das habe ich Ihnen in der Plenarsitzung versprochen - werden wir Sie jagen.

**Marie-Theres Kastner (CDU):** Herr Jörg, der letzte Beitrag gehört sicherlich nicht zu den Sternstunden dieses Ausschusses. Ich möchte ein paar Dinge einfach einmal in den Raum stellen.

Sie sind immer noch der Meinung, dass die CDU nach dem Motto lebt: „Mutti gehört an den Herd“.

(Widerspruch von Wolfgang Jörg [SPD])

- Doch, Sie haben das so gesagt. Danach würden wir handeln und das Gesetz bauen. Ich möchte Ihnen einfach einmal schlicht und ergreifend, da ich lange genug in der Partei arbeite und als weibliches Mitglied der Partei auch diesen Gremien angehöre, Folgendes sagen: Vor fast 20 Jahren haben wir über eine Partnerschaft 2000 geredet und die Essener Leitsätze verabschiedet, bei denen wir von der Wahlfreiheit für die Familien geredet haben. Zu einer Wahlfreiheit gehören bekanntlich unterschiedliche Möglichkeiten, nämlich die Freiheit, sich zu entscheiden, zu Hause zu bleiben und Familienarbeit zu erledigen oder Familie und Beruf miteinander zu vereinbaren und ähnliches. Die Zeiten sind in der CDU längst vorbei. Wenn ab und zu einmal jemand noch einmal wider den Stachel löckt, dann sei ihm das auch gestattet. So etwas können wir in einer Volkspartei gut ertragen.

Damit bin ich bei dem, was immer gesagt wird: Bei unserem Stadtjubiläum gab es den schönen Spruch „Zukunft hat Geschichte“. Sie tun hier so, als wäre im Jahr 2005 ein völliger Neuanfang erfolgt. Wir können das aber nicht tun, weil wir auf Ihrer Basis aufbauen müssen. Ihre Basis heißt schlicht und ergreifend: Es gab 2,8 % Plätze für die unter Dreijährigen. Das bei einer Partei, die behauptet, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf ihre Fahnen geschrieben zu haben. Das habe ich bei Ihnen nicht gemerkt.

Zu Ihrer Aussage, die von der CDU regierten Städte hätten keine Plätze für die unter Dreijährigen: Ich komme aus einer Stadt, die seit Jahrzehnten von der CDU regiert wird. Wir haben eine Quote von 18 %, und zwar aus eigener Kraft finanziert, ohne dass das Land der Stadt an irgendeiner Stelle geholfen hätte.

Zum GTK: Auch hierzu vergessen Sie, wie schwer es war, Plätze für die unter Dreijährigen zu schaffen. Genau deshalb ist es so wichtig, dass wir ein neues Gesetz be-

kommen, damit wir endlich mehr Kontingente für Kinder unter drei Jahre haben können, weil das die Familien in unserem Land wirklich brauchen.

Zu Ihrer Aussage, wir hätten jetzt zwei Jahre Zeit gehabt und hätten das umsetzen können: Sie wissen selber, wie schwer es ist, von einer Quote von 2,8 % auf 20 % zu kommen. Dass das in einem Jahr nicht zu schaffen ist, das müsste auch Ihnen einleuchten. Sie wissen nämlich ganz genau, dass das Land zwar sicherlich viel leisten kann, aber es kann mit dem Buckel voller Schulden, die wir von Ihnen übernommen haben, nur vielleicht ein Drittel leisten. Außerdem brauchen wir für diese Aufgabe die Kommunen. Für uns ist dieser Punkt ganz wichtig, dass wir in diesem Prozess beim KiBiz zur Schaffung von Plätzen für die unter Dreijährigen die Kommunen an unserer Seite haben. Das möchten wir in keinem Fall gefährden. Aus diesem Grunde haben auch alle Fachverbände gesagt: Wir können es nur auf diese Art und Weise mit neuen Gruppenstrukturen schaffen. Wir können nicht bei dem alten Schema bleiben, sonst werden wir das Ziel nicht erreichen.

Weil wir die Menschen in unserem Land mit ihren Anliegen und Sorgen ernst nehmen, müssen wir andere Strukturen finden. Wir können es deshalb nicht nur Elterninitiativen überlassen, Plätze für unter Dreijährige anzubieten.

Noch ein letztes Wort zu Ihrer Angst um die Plätze der Erzieherinnen: Ich hätte mir 1998 von Ihnen das gewünscht. Da haben Sie nämlich eine Vereinbarung getroffen und gesagt, von den Belegungszahlen am Nachmittag hänge ab, wie viel Personal in einer Kindertageseinrichtung sein werde. Seit der Zeit gibt es befristete Verträge. Wie hat Frau Stöbe-Blossey so schön gesagt: Wir dürfen nicht so tun, als sei das Thema befristete Verträge ein neues, das durch KiBiz entstehe. Das haben Sie uns 1998 schon längst ins Haus gebracht.

**Chris Bollenbach (CDU):** Herr Jörg, ich bin schon sehr erstaunt über Ihre mathematischen Klimmzüge, die Sie eben vorgeführt haben. Ich bin gespannt darauf, wie Sie gleich bei der Haushaltsberatung deutlich machen wollen, dass das KiBiz ein Spargesetz ist. Ich wäre auch sehr dankbar dafür, Herr Jörg, wenn Sie belegen könnten, wo letztlich die 170 Millionen € aus dem System genommen worden sind. Einfach eine Zahl in den Raum zu schmeißen, ohne dafür einen Beleg zu haben, ist ein bisschen zu einfach. Damit kommen Sie nicht durch. Dann bitte auch - das können Sie jetzt oder gleich bei der Haushaltsberatung machen - ganz konkret sagen, wo die 170 Millionen € aus dem System genommen worden sind, damit wir das nachvollziehen können.

Herr Jörg, Sie haben gesagt im ländlichen Raum und in von der CDU geführten Gemeinden gebe es keine adäquate U-3-Förderung. Ich lade Sie gern in meine Heimatstadt Bünde ein. Wir haben eine Quote von 16 % bei der U-3-Förderung. Bünde ist eine Stadt, die von der CDU zusammen mit der FDP geführt wird. Kommen Sie einmal vorbei und sehen Sie sich das an, damit Sie einmal aus Ihrem Ruhrgebiet herauskommen und einmal nach Ostwestfalen kommen, um zu sehen, wie auch im ländlichen Bereich eine U-3-Förderung stattfindet. Das können Sie gern in meiner Stadt machen. Ich bin jederzeit bereit, mit Ihnen die Einrichtungen zu besuchen.

Ich habe wie sicherlich viele unserer Kollegen in den letzten Wochen zuhauf Einrichtungen besucht. Man wird immer schnell mit dem Argument konfrontiert, nach KiBiz bekomme man weniger Geld für die Einrichtung. Ich war letzte Woche bei einer eingruppigen Elterninitiative. Das erste Argument war: Wir haben nach KiBiz weniger Geld.

Wir haben uns mit der Leiterin, dem Elternrat und dem Verein hingesetzt und gerechnet. Die Aussage lautete, jetzt bekämen sie als eingruppige Einrichtung mit Kindern von drei bis sechs Jahren - ganztags, also Hort mit 45 Stunden - 150.000 €. Wenn man dann die Anlage zum KiBiz zur Grundlage nimmt, sind es 135.000 € für die Gruppe plus 15.000 € für die eingruppige Einrichtung, gleich 150.000 €. Dann haben die jetzt noch zwei Kinder unter drei Jahren in der Betreuung - man muss ja nicht davon ausgehen, dass sie die zukünftig nicht haben -, sodass die Elterninitiative sogar mehr Geld zur Verfügung hat.

Da sagen Sie, wir machten die Elterninitiativen und die kleinen Einrichtungen kaputt. Das stimmt einfach nicht. Sie müssen einfach einmal nachrechnen. Wenn man sich die Zahlen genau ansieht, trifft das Argument nicht zu, wir würden die eingruppigen Einrichtungen und die Elterninitiativen mit KiBiz stärker belasten. Vielmehr ergeben sich durch das KiBiz erst manche Möglichkeiten. Bisher ist es so, dass das Kind unter drei Jahren genauso betrachtet wird wie das über drei Jahre. Das ist zukünftig anders. Es ist gut so, dass das anders sein wird. Von daher ist dieses Gesetz ein großer Wurf. Herr Jörg, räumen Sie bei sich zu Hause die Unterlagen auf und kommen Sie dann mit vernünftigen Zahlen wieder.

**Andrea Asch (GRÜNE):** Herr Bollenbach, wenn wir bei dem Thema vernünftige Zahlen sind - ich wollte mich eigentlich nicht mehr zu Wort gemeldet haben, aber das kann man so nicht stehen lassen -, ist Folgendes zu sagen: Wir reden über den vorliegenden Haushaltsentwurf. Ich weise Sie darauf hin, dass im von Rot-Grün beschlossenen Haushalt im Jahr 2005 948 Millionen € für den Betriebskostenzuschuss für Kindertagesstätten zur Verfügung gestanden haben. Ich weise ehrlicherweise darauf hin, dass darin 8 Millionen € für die Sprachförderung enthalten waren, was man jetzt ja separat ausweist. Sie haben in Ihrem Sparhaushalt 2006 dann Kürzungen - weil Sie eben danach gefragt haben, möchte ich Ihnen antworten - in Höhe von 84 Millionen € bei den Zuschüssen, die die Kommunen für den Elternbeitrag bekommen haben, und 72 Millionen € bei den Betriebskosten vorgenommen.

(Minister Armin Laschet: Das stimmt doch nicht!)

Vielleicht erinnern Sie sich daran. Das ist schwarz auf weiß nachzulesen. Jetzt gehen Sie hin und sagen, 150 Millionen € würden wieder draufgesattelt. Das würde bedeuten: Im Haushaltsentwurf haben wir auf S. 73 die Summe von 969 Millionen €. Darin sind: Sprachförderung, Familienzentren, Mietzuschüsse nach dem KiBiz und Tagespflege, es ist also mehr darin als bis jetzt bei den Betriebskostenzuschüssen, weil die noch keine Familienzentren und keine Tagespflege enthalten hatten. Das würde bedeuten, da im Haushaltsansatz 2007 diese 150 Millionen € noch nicht ausgewiesen waren, dass sich eine Zahl von 819 Millionen € nach Adam Riese finden müsste. Diese Zahl finden wir aber nicht. Herr Laschet zeigen Sie die mir. Herr Bol-

lenbach, sagen Sie mir - ich habe Sie schon wiederholt dazu aufgefordert -, auf welche Seite des Haushaltes Sie diese Zahl geschrieben haben. Diese Zahl findet sich nicht. Das heißt, Sie können das nicht belegen.

Sie können Folgendes belegen: Dort stehen 875 Millionen € an Betriebskostenzuschüssen. Das bedeutet nach Adam Riese aber nicht, dass Sie eine Erhöhung von 150 Millionen € vornehmen, wenn man die reinen Betriebskostenzuschüsse herausrechnet. 819 Millionen € finden sich in diesem Haushalt nicht. Deswegen müssen Sie diese Zahl zurückziehen. Sie ist schlichtweg falsch. Wenn man den Haushaltsansatz vor den Kürzungen hinzunimmt, dann bedeutet das, dass es ein Taschenspielertrick ist. Sie haben erst das Geld herausgenommen, um es jetzt in Teilen wieder hineinzugeben. Aus diesen Teilen müssen noch der für die Kirchen reduzierte Trägeranteil, was ja auch irgendwie finanziert werden muss, zusätzlich finanziert werden - auch das muss gesagt werden - und der Teil, der jetzt für die U-3-Betreuung aufgewendet wird. Unter dem Strich bleibt: Es gibt nicht mehr Geld, es gibt weniger Geld - das steht in diesem Haushalt - bei mehr Aufgaben. Das bedeutet, Sie machen hier ein Gesetz, das zwar auf Quantität im U-3-Bereich in gewissen Formen setzt, aber auf Kosten der Qualität. Das ist die Quintessenz.

Herr Bollenbach, ich würde den Mund nicht so voll nehmen, wenn Sie das, was Sie sagen, aufgrund der Zahlen nicht beweisen können.

**Vorsitzende Andrea Milz:** Wir sind für heute mit der Aussprache am Ende. Ich danke der aufmerksamen Zuhörerschaft für die Geduld.

Jetzt warten wir auf die Änderungsanträge der Fraktionen. Es wäre schön, wenn die möglichst bis Mittwoch nächster Woche vorlägen und nicht erst am Donnerstag kommen. Die abschließende Beratung und die Abstimmung über die Beschlussempfehlung für das Plenum finden dann in unserer Sondersitzung am 18. Oktober statt. Damit ist sichergestellt, dass alle mitberatenden Ausschüsse, wie es jetzt vorgesehen ist, dazu tagen und ihr Votum abgeben können.

